

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Mittelstr. 17)
bei G. F. Ulrich & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.
Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Paub & Co.,
Jacobsen & Vogler,
Kudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Gorkitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 31.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 14. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Das Schanksteuer-Gesetz.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses, welcher der Gesetz-
entwurf über die Schanksteuer überwiesen worden, hat nunmehr
ihren Bericht erstattet. Der Gesamteindruck desselben ist ähn-
lich, wie der des Regierungsentwurfs war: man hat es mit einem
wichtigen gesetzgeberischen Gedanken zu thun, aber die angemessene
Form der Ausführung ist schwerlich schon gefunden. Gegen die
ursprüngliche Vorlage mußte, abgesehen von untergeordneten Ein-
wänden, besonders geltend gemacht werden, daß das beabsichtigte
Einschreiten gegen die Völlerei nur eine Erschwerung des
Brantwein-Ausschanks, nicht auch eine solche des Bier-
und Wein-Genusses rechtfertige, während der Entwurf alle
Schankstätten gleichmäßig behandeln wollte. Die Kommission
hat diesem Bedenken Rechnung getragen, indem sie die Einschrän-
kung des Gesetzes auf diejenigen Betriebsstätten beschloß, welche
Brantwein zum Genuß auf der Stelle feilbieten oder Klein-
handel mit Spiritus oder Brantwein treiben. Aber hiergegen
hat die Regierung in der Kommission die Erklärung abgegeben
lassen, daß sie „an der Ausdehnung der Steuer auf geistige
Getränke irgend welcher Art unbedingt festhalten müsse; es ist
also nicht wahrscheinlich, daß das Gesetz auf der von der Kom-
mission gewählten Grundlage zu Stande kommt, und es ist auch
fraglich, ob dies zu wünschen wäre, ob sich nicht vielmehr wirk-
samere Mittel für den angestrebten Zweck auffinden lassen.

Das Eine geht zunächst aus dem Kommissionsberichte klar
hervor, daß trotz der Bemühungen der Regierungsvertreter und
einer starken Minderheit der Mitglieder es nicht gelungen ist,
für die Nothwendigkeit einer allgemeinen Schankstätten-
Steuer, ohne die Beschränkung auf Brantwein, überzeugende
oder selbst nur unter einander in Uebereinstimmung stehende
Gründe vorzubringen. Sowohl im Plenum, als in der Kom-
mission war z. B. darauf hingewiesen worden, daß man ja erst
in der letzten Reichstagsession durch erweiterte Einführung obrig-
keitlicher Prüfung der „Bedürfnisfrage“ auf die Verringerung
der Schankstätten hingewirkt, und daß es sich doch empfehle,
zuerst den Erfolg des einen Schrittes abzuwarten, bevor man be-
reits einen zweiten thut. Darauf ist in der Kommission erwi-
dert worden, in den größeren Städten lasse sich die Bedürfnis-
frage meistens gar nicht feststellen, und gerade die größeren
Städte litten hauptsächlich unter den Folgen des übermäßigen
Vorhandenseins der Betriebsstätten für geistige Getränke. We-
nige Zeilen weiter oben aber wird konstatiert, die Zunahme die-
ser Schankstätten habe in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1869
bis 1. Januar 1877 sich durchschnittlich auf 22 Proz. belaufen,
in den Ortschaften der vierten Gewerbesteuer-Abtheilung jedoch,
welche die kleinen Städte und das platt Land
umfaßt, auf 51 Prozent. Was ist denn nun also wahr: daß
der Uebelstand besonders in den größeren Städten existirt, in
denen die Bedürfnisfrage angeblich keinen Schutz gewährt, oder in
den kleinen Städten und auf dem platten Lande, wo sie sich
unzweifelhaft sehr wirksam handhaben läßt? Vermuthlich das
letztere, da hierfür frappante statistische Zahlen vorliegen, wäh-
rend die erstere Behauptung jedes Beweises entbehrt, im Gegen-
theil, durch die auf die vierte Gewerbesteuer-Abtheilung bezüg-
lichen Zahlen widerlegt wird: wenn bei 22 pCt. durch-
schnittlicher Vermehrung der Schankstätten dieselbe in den
kleinen Städten und auf dem platten Lande 51 pCt. beträgt,
so muß sie in den größeren Städten weit unter dem Durch-
schnitt geblieben sein, wird sie wahrscheinlich nicht sehr viel mehr
als der durchschnittliche Zuwachs der Bevölkerung in demselben
Zeitraum (7 pCt.) betragen, während umgekehrt die Bevölke-
rungszunahme ohne Zweifel in den größeren Städten über,
in den kleinen und auf dem platten Lande unter dem Durch-
schnitt gestanden hat. Wenn dem so ist, dann versagt das
Mittel der Prüfung der Bedürfnisfrage in der That nur da
seine Wirkung, wo eine solche auch gar nicht sehr nothwendig ist,
während es da mit Erfolg anzuwenden ist, wo man seiner be-
darf. Das beweist nichts gegen ein spezielles Vorgehen wider
den gemeinschädlichen Brantweingenuß, wohl aber gegen ein
Einschreiten in Bausch und Bogen wider die Schankstätten über-
haupt vermittelt einer neuen, unter Umständen drückenden, sich
ungerecht vertheilenden und dennoch wahrscheinlich nicht einmal
in der beabsichtigten Richtung wirksamen Steuer.

Wenn der besonderen Schankstätten-Steuer eine Berechtigung
zukommt, so ist es nur Behufs Einschränkung des Brantwein-
genusses der Fall, da überzeugende neuere politische Gründe
für eine solche Abgabe noch neben der ohnehin hohen Ge-
werbesteuer der Schankwirthschaft nicht anzuführen sind, während die
zutreffenden sittlichen Argumente nicht gegen den Genuß von
Bier und Wein sich vorbringen lassen. Gewiß geht hin und
wieder auch einmal Jemand daran zu Grunde, aber es ruiniren
sich auch Leute auf hundert andere Arten, ohne daß man dies
vermittelt einer Steuer zu verhindern versuchte. Der Eine rich-
tet sich durch die Weiber zu Grunde, ein Anderer durch die Lieb-
haberei für Pferde, ein Dritter durch eine Leidenschaft für das

Bauen u. s. w.; wir haben einen Mann gekannt, an dessen
Nain eine Liebhaberei für — Spazierstöcke hervorragenden An-
theil hatte: als er in Concurs gerathen war, fanden sich bei
der Aufnahme der Aktiva hunderte von kostbaren Exemplaren
dieses Instrumentts. Das Verzeichniß der menschlichen Thorheiten
und Schwächen ist zu lang, als daß der Staat hoffen könnte,
mit ihnen fertig zu werden; er muß sich auf den Kampf gegen
diejenigen beschränken, deren Wirkung unzweifelhaft gemeinschäd-
lich ist, und das ist auf dem hier in Rede stehenden Gebiete nur
der Genuß des Brantweins. Aber wenn die Kommission
Recht daran gethan, ihre Aufgabe so zu begrenzen, so ist doch
zweifelhaft, ob ihr gelungen ist, wirksame Mittel in ihrem Sinne
aufzufinden. Da die Steuer nur auf den, dem projek-
tierten Gesetze unterliegenden Geschäftsbetrieb, d. h. den
Brantwein-Schank, vertheilt werden soll, so wird die
Wirkung auf die einzelnen Geschäfte ziemlich entgegengesetzt der-
jenigen sein, welche der Regierungsentwurf anstrebte: nach diesem
hätten die anständigen, großen Wein- und Bierlokale die höchsten
Steuerfätze zu zahlen gehabt, die kleinen Brantweinspelunken,
welche vom Gesetze gerade getroffen werden sollen, die niedrigsten;
nach dem Kommissionsvorschlage würde die Sache sich umgekehrt
gestalten: die Wein- und Bier-Lokale, in welchen man gelegent-
lich auch einen Liqueur zu sich nimmt oder einen Grog genießt,
werden für diesen Geschäftsbetrieb wohl nur die Mittelfätze der
Steuer, vielleicht sogar weniger zu entrichten haben, während die
Hauptlast auf die bloßen Brantweinschänken fallen wird. Das
ist so weit ganz in der Ordnung, aber fraglich ist, ob der Zweck
nicht dadurch verfehlt wird, daß die Kommission gleichzeitig die
Mittelfätze des Entwurfs auf die Hälfte herabgemindert hat.
Dies ist offenbar in der Erwägung geschehen, daß es auch einen
unschädlichen Brantwein-Genuß des kleinen Mannes giebt
— nämlich, wenn er mit Maß erfolgt —, und daß man diesen
nicht zu sehr vertheuern dürfe. Mein es ist zu befürchten, daß
ein Mittelfatz von 36 Mark jährlich in der vierten, und von
jährlich 48 Mark in der dritten Gewerbesteuer-Abtheilung zu
niedrig ist, um den Zweck, Einschränkung der Schankstätten, zu
erreichen. Andererseits ist es höchst fraglich, ob der fernere
Beschluß der Kommission, monatlich im ersten Jahre des neuen
Gewerbebetriebes der fünffache Betrag der Steuer zu entrichten
ist, nicht bedauerlich als verhältnißmäßige Einziehung einer Konzessions-
Abgabe anzusehen ist, wie die Reichs-Gewerbeordnung sie den
Einzelstaaten untersagt.

Wir haben nicht viel gegen die Verwirklichung des
von der Kommission beabsichtigten Versuches einzuwenden, denn er
kann schwerlich schaden, vielleicht aber nützen. Ausichtsvoller
jedoch dünkt uns die Regelung der Angelegenheit auf dem Wege
der Reichsgesetzgebung durch hohe Besteuerung des zum Genuß
bestimmten Spiritus an der Produktionsstelle, wozu vielleicht eine
von Reichswegen, also keinem Zweifel betreffs der Zu-
lässigkeit unterliegende, hohe Konzessionsabgabe für
Brantweinschänken hinzutreten könnte.

Die Finanzen der Kreise des preussischen
Staates im Jahre 1877/78.

Auf Grund amtlicher Materialien ist soeben eine Finanzstatistik
der Kreise des preussischen Staates für das Jahr 1877/78 der Öffent-
lichkeit übergeben, welche von dem durch seine anderweitigen kommunal-
finanzstatistischen Arbeiten bereits in weiteren Kreisen bekannten Geh-
Ober-Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium des
Innern L. Derrfurth, in Gemeinschaft mit dem Landrath C. Studt,
bearbeitet und als VII. Ergänzungsheft zur Zeitschrift des königlich
preussischen statistischen Bureaus im Verlage des letzteren erschienen ist.
Das Bedürfnis einer ziffermäßigen Darstellung der Finanzverhältnisse
der Kreise in neuester Zeit war längst und in den letzten Jahren immer
fühlbarer hervorgetreten, nicht nur, weil es an zuverlässigen und aus-
reichendem statistischen Material zur Beurtheilung der Prästationsfähig-
keit der einzelnen Kreise und deren Belastung mit Abgaben zu kommun-
alen Zwecken fehlte, sondern auch, weil die nach dem deutsch-franzö-
sischen Kriege eingetretene Periode eines allgemeinen wirtschaftlichen
Aufschwunges einen weittragenden Einfluß auch auf die Finanzlage der
Kreiseverände geäußert hatte, und weil endlich die neuere Gesetzgebung
auf dem Gebiete der Selbstverwaltung, namentlich die Kreisordnung
vom 13. Dezember 1872 für die Provinzen Ost- und Westpreußen,
Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen, den Wirkungskreis
und die Aufgaben jener kommunalen Verbände erheblich erweitert und
damit auch die von denselben aufzuwendenden Ausgaben und die zu
deren Deckung zu erhebenden Abgaben namhaft vermehrt hatte. Mit
Rücksicht hierauf wurde durch Erlass des Herrn Ministers des Innern
vom 25. September 1878 eine Erhebung über die Finanzverhältnisse
der Kreise für das Rechnungsjahr 1877/78 angeordnet, wobei gleichzeitig
die Absicht vorlag, für die Vergleichung der derzeitigen Kreisfinanzen
mit den gleichartigen Verhältnissen im Jahre 1869 und für Beurtheilung
der seitdem eingetretenen Veränderungen verlässliches Material zu ge-
winnen.

Bei der Aufnahme mußten die Stadtkreise unberücksichtigt bleiben,
da bei diesen eine Trennung des Gemeinde- und des Kreis-Haushalts
nicht stattfindet. Mit dieser Beschränkung bietet die vorliegende neue
Kreis-Finanzstatistik ein in großen Zügen ausgeführtes Bild von der
Finanzlage der einzelnen Kreise des preussischen Staates, welches
der Beachtung der Sachmänner und Interessenten hiermit bestens
empfohlen sei.

Fassen wir die Hauptergebnisse jener Darstellung zusammen, so
betragen für das Jahr 1877/78 in sämtlichen Landkreisen:

Table with 4 columns: Item, des ganzen Staatsgebiets, des Gebiets der Kreisordnung, der übrigen Landestheile. Rows include Ausgaben, Einnahmen, Aktiva, Passiva.

Was die Ausgaben insbesondere anlangt, so werden dieselben
in der vorliegenden Kreis-Finanzstatistik nach den hauptsächlichsten Katego-
rien und zwar in 12 Gruppen nachgewiesen. Den weitaus größten
Theil aller Ausgaben, nämlich 21,965,292 M. oder 48,5 Proz., (darunter
9,488,046 M. im Extraordinarium) nahmen die Verkehrsanlagen in
Anspruch; davon fallen etwas mehr als die Hälfte allein auf die drei
Provinzen Brandenburg (2,583,304 M.), Schlesien (3,515,769 M.) und
Hannover (5,386,371 M.). — Der nächstgrößte Theil der Ausgaben
wurde für Verzinsung und Tilgung von Kreis-schulden erfordert, für
welche 7,748,221 M. oder 17,1 Proz., (darunter 293,251 M. extraordinär)
ausgegeben wurden. Demnächst folgen die Ausgaben für die allgemeine
Kreisverwaltung mit 5,268,645 M. oder 11,6 Proz., darunter 671,798 M.
extraordinär, wobei nebenher bemerkt sei, daß in diesem relativ hohen
Betrage auch die von den Kreisen geleisteten Zuschüsse zu den Kosten
der Amtsverwaltung im Geltungsbereiche der Kreisordnung mit ent-
halten sind, wie denn auch von diesem Ausgabenposten der sämtlichen
Landkreise 4,716,378 M. (darunter 653,105 M. extraordinär) auf das
Gebiet der Kreisordnung und nur 552,276 M. (darunter 18,693 M.
extraordinär) auf die übrigen Landestheile entfallen. — Einen diesem
Betrage nahezu gleichen Aufwand verursachten die Leistungen an den
provinzial- oder kommunalständischen Verband, nämlich 5,077,266 M.
oder 11,2 Prozent, ein Betrag, der noch höher sein würde, wenn die
betreffenden Daten von allen Kreisen bekannt geworden wären, auch
von denen, in welchen, wie namentlich in Rheinland und Westfalen
nicht selten, die Provinzialbeiträge entweder von den Gemeinden direkt
an die Provinzialkassen abgeführt oder in den Kreis-Kommunkassen
nur als durchlaufende Posten gebucht werden und deshalb nicht überall
nachgewiesen worden sind. — Von den übrigen Ausgaben, abgesehen
von einer Sammelposition für „sonstige“ Ausgaben im Betrage von
1,788,719 M. oder 3,9 Prozent (darunter 462,744 M. extraordinär),
wurden erfordert für Wohlthätigkeits-, Armen- und Besserungsanstalten
und Armenpflege 1,713,300 M. oder 3,8 Prozent (darunter 7930 M.
extraordinär), für das Sanitätswesen 1,093,615 M. (3174 M.) oder
2,4 Prozent, für allgemeine staatliche Zwecke 214,939 M. (1472 M.)
oder 0,5 Prozent, für Unterrichtszwecke 158,196 M. (450 M.) oder 0,4
Prozent, für Landesmeliorationen, land- und forstwirtschaftliche
Zwecke 136,893 M. (10,175 M.) oder 0,3 Prozent, für sonstige ge-
meinnützige Anstalten und Einrichtungen 79,342 M. (7623 M.) oder
0,2 Prozent und für Beseitigung von Nothständen 32,634 M. (21,772
M.) oder 0,1 Prozent.

Zur Deckung dieser Ausgaben im Gesamtbetrage von 45,277,071
M. waren, wie oben angegeben, an Einnahmen 44,029,693 M. ver-
fügbar. Die Quellen, woraus letztere floßen, werden in der Kreis-
Finanzstatistik in 10 Gruppen getheilt. Die ergiebigste Quelle ist na-
turgemäß die Kreisbesteuerung, welche 22,797,812 M. oder 51,8 Proz.
(darunter 45,228 M. extraordinär) ertrag; der größte Theil hiervon,
20,494,757 M., wurde durch Zuschläge zu den direkten Staatssteuern
oder nach dem Maßstabe derselben (worüber in der beregten Darstel-
lung übrigens detaillirte Nachrichten mitgetheilt werden) aufgebracht;
ein kleinerer Theil, 2,303,055 M., wurde in Form von besonderen Kreis-
steuern erhoben; die Zuschläge zu den direkten Staatssteuern vertheilen
sich mit 9,978,197 M. auf die Grund- und Gebäudesteuer, mit 9,544,509
M. auf die Klassen- oder klassifizierte Einkommensteuer und mit 972,051
M. auf die Gewerbesteuer. — Nächst den Kreissteuern tragen die Zah-
lungen aus Staats- und Provinzialfonds in Höhe von 8,292,745 M.
(darunter 532,450 M. extraordinär) zur Deckung der Ausgaben am
meisten bei; sie betragen 18,8 Prozent der Einnahmen und kommen
zum überwiegenden Theile (5,437,959 M.) den unter der Herrschaft
der Kreisordnung stehenden Kreisverbänden, zu einem kleineren Theile
(2,855,686 M.) den übrigen Landestheilen und hier namentlich den
hannoverschen Amts- und Wegeverbänden (2,259,109 M.) zu Gute. —
Durch neue Anleihen wurden 5,370,559 M. oder 12,2 Proz. (darunter
659,727 M. extraordinär) der Einnahmen beschafft, weitere 4,6 Prozent
oder 2,038,971 M. (darunter 26,480 M. extraordinär) floßen aus den
Erträgen der Verkehrsanlagen, 3,8 Prozent oder 1,662,278 M. (41,795
M.) aus dem nutzbaren Kreisvermögen, 1,2 Prozent oder 510,505 M.
aus den Jagdchem-Geldern, 0,4 Prozent oder 183,228 M. (519 M.)
aus den Wohlthätigkeits-Anstalten und gemeinnützigen Einrichtungen,
0,01 Prozent oder 5910 Mark aus den Unterrichtsanstalten und
7,2 Prozent oder 3,167,685 M. (657,060 M.) aus sonstigen Ein-
nahmesquellen.

Das Kreisvermögen von 43,204,594 M. setzte sich aus folgenden
Posten zusammen:
Werth der Grundstücke 1,253,383 M.
" " Gebäude 10,010,546 "
" " Inventariensätze 1,103,105 "
Inhaberpapiere (Kurswerth) 18,301,288 "
Sonstige Forderungen 8,365,331 "
Andere Vermögensobjekte 4,170,941 "
Diesem Kreisvermögen standen 93,266,008 M. Schulden gegen-
über, wovon 47,685,051 M. Inhaberpapiere und 45,580,957 M. sonstige
Schulden waren. Hierbei sind die Inhaberpapiere zum Nennwerth
in Ansatz gebracht, sofern die planmäßige Tilgung zum Nennwerth
erfolgt, zum Kurswerth dagegen, wenn die Tilgung durch Ankauf der
obligationen benimmt wird.

Weitere Mittheilungen aus dem werthvollen Inhalte der vorliegen-
den Kreis-Finanzstatistik werden wir demnächst folgen lassen.

Deutschland.

+ Berlin, 12. Januar. [Zur Reform der deut-
schen Orthographie. Die Verathung der Ver-
waltungsreform-Gesetze.] Vor vier Jahren tagte
hier in Berlin eine durch den Kultusminister Dr. Falk berufene
Konferenz von Sprachforschern, Schulmännern und Buchdrucker-
Besitzern zu dem Zwecke, eine Reform der deutschen

Orthographie in Erwägung zu ziehen. Sie ging von dem Bedürfnis der Schule aus; und da dieser allerdings an einer möglichst vereinfachten Schreibung der Wörter gelegen sein kann, so war es grade nicht überraschend, daß die Mehrheit sich für eine Art von Sprung vorwärts erklärte, wenn auch keinen so gewaltigen, wie radikale Reformer auf diesem Gebiet ihn zu wünschen pflegen. Erst hintereinander scheint man sich im Kultusministerium recht bewußt geworden zu sein, daß außer der Schule auch noch andere wichtige Lebensmächte an dem orthographischen Bestande der Muttersprache legitim interessiert sind, und daß es seine Bedenken habe, in den öffentlichen Unterrichts-Anstalten mit einer starken Neuerung dieser Art vorzugehen, ohne sich um jene zu kümmern. Dies drängte sich insbesondere noch in demselben Jahre 1876 durch einen Beschluß des zu Wiesbaden versammelten deutschen Journalistentags auf, den die politische Differenz seiner Mitglieder nicht abhielt, sich einstimmig und fast ohne Diskussion gegen jeden Versuch auszusprechen, der Nation von der Schule her eine neue Rechtschreibung zu octroyiren. Es geschah nicht sowohl im Interesse der Zeitungsschreiber selbst, als des hinter ihnen stehenden geistig minder beweglichen Druckerei-Personals, der Nationalliteratur, deren vorgeschobenen Posten die Journalisten gleichsam ausnahmen, und der Massen des lesenden Volks. Der Protest wurde auch noch nicht so sehr gegen den Inhalt der Konferenz-Reform gerichtet, wie gegen den Anspruch der Schul-Verwaltungen überhaupt, die Rechtschreibung nach einem bestimmten vorgedogenen System zu reformiren und dieses System vermittels des heranwachsenden Geschlechts der ganzen Nation aufzunöthigen oder die Kinder mit den Erwachsenen in einen so durchgreifenden Gegensatz zu bringen. Der amtliche Plan scheint hierdurch heilsame Einschränkungen erfahren zu haben. Von einer bindenden Vorschrift an die Schulen hat man nichts gehört. Dagegen ist nun von einer großen und altberühmten Leipziger Druckerei, Breitkopf & Härtel, in Verbindung mit dem bekannten Sprachgelehrten Professor Dr. Sanders, der nebst Professor Wilhelm Scherer und Dr. Theodor Toeche auf der Januar-Konferenz von 1876 zu der widersprechenden, konservativer und liberaler zugleich denkenden Minderheit zählte, der Versuch gemacht worden, die deutschen Buchdruckereien für eine gemeinschaftliche Orthographie zu einigen. Einigung wäre auch für die Schulen noch um etwas wichtiger gewesen als noch so wohl begründete Verbesserung; und es ist schade, daß unser preussischer Kultusminister sich hierauf damals nicht beschränkte. Die Initiative der genannten Mäxten ist denn auch von überraschendem Erfolge gewesen. Binnen ein paar Wochen hatten über vierhundert deutsche Druckereien die Norm des Prof. Sanders bei Satz und Korrektur zu Grunde legen zu wollen erklärt. Die Presse sprach sich ebenfalls soviel uns ersichtlich geworden, durchgehend zustimmend aus. Dies ermutigte die leipziger Firma, sich an den neuen preussischen Kultusminister um eine Art offizieller Anerkennung ihres Schrittes zu wenden. Vielleicht hätte sie es besser unterlassen und sich begnügt mit ihrem Erfolge in freier Deffentlichkeit. Herr von Puttkamer, der persönlich wohl kaum Zeit und Lust gehabt haben wird, die Sache eingehender zu prüfen, konnte darauf am

Ende doch nur antworten, was der Stimmung seiner Rathgeber entsprach, und diese hätte zu dem vorausgesetzten und erwarteten Wandel jedenfalls einer längeren Frist bedurft. So fiel der Bescheid ablehnend und nicht übertrieben freundlich aus. Das „Orthographische Hilfsbuch“ des Prof. Sanders, hieß es, sei nicht dazu angethan, als eine geeignete Grundlage für Schulbücher anerkannt zu werden, weil es die glücklich angebahnte Einigung in orthographischer Reform auf Grundlage der Lehre des verstorbenen Professors Rudolf v. Raumer störe. 1878 und 1879 sind nämlich in Berlin, in Wien und in München „Regeln und Wörterverzeichnis“ veröffentlicht worden, die fortan für den Druck der amtlich adoptirten Schulbücher in den betreffenden Ländern gelten sollen. Nun weist Prof. Sanders jedoch der „Allgemeinen Zeitung“ nach, daß diese drei mehr oder weniger offiziellen Regelbücher unter sich keineswegs übereinstimmen. Sie seien vielmehr von einander ziemlich ebenso sehr verschieden, wie jedes einzelne derselben von seiner eigenen so bestimmt verworbenen Richtschnur. Wird der preussische Kultusminister den ihm damit hingeworfenen Handschuh aufnehmen? Die ganze Verhandlung zeigt auf's Neue, daß es besser gewesen wäre, die Normal-schreibung in näherem Anschluß an den bestehenden Zustand zu suchen. Das Bedürfnis der Schulen geht doch auch in erster Linie auf eine feste Orthographie; erst in zweiter auf eine thunlichst einfache. Vereinfachung ist aber nicht minder die augenscheinliche, handgreifliche Tendenz des in der preussischen Literatur wal tenden nationalen Genius, nur daß dieser keine Sprünge macht, sondern schrittweise vorrückt. Die Unterrichts-verwaltungen sollten sich deshalb damit begnügen, periodisch für ihren Zweck zu konsolidiren, was der Geistesgeist langsam aber stetig umgestaltend hervorbringt; und vor Allem sollten sie unter sich selbst volle, unbedingte Einigung suchen. Dann würden sie sich dem Werke der allmähigen orthographischen Reform nützlich einfügen. Nach einiger Zeit, wenn die Nachwirkungen des verfehlten Anlaufes von 1876 erschöpft sind, wird hoffentlich der preussische Kultusminister nicht allein an seine deutschen Kollegen, sondern auch nach Wien die Aufforderung richten, eine Konferenz zu beschicken, welche für alle öffentlichen Schulen feststellt, was als die gemeinsame Orthographie des durchgebildeten Theils der Nation angesehen werden kann. — Für Dienstag stehen die Verwaltungsreformgesetze auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses; dieselben werden jedenfalls mehrere Tage in Anspruch nehmen. Erst nach Beendigung der ersten Lesung wird sich mit einiger Wahrscheinlichkeit leicht übersehen lassen, ob irgend welche Aussicht vorhanden ist, die Gesetze oder wenigstens das über die Organisation der Verwaltungsbehörden noch im Laufe dieses Winters zu erledigen. Von allen Parteien des Hauses wird die Forderung einschneidender Abänderungen an den Gesetzeswürfen erhoben, so daß es jedenfalls langer und schwieriger Kompromissarbeiten bedürfen wird, um zu einer Verständigung zu gelangen. Der Gedanke einer Nachsession wird als der einzig mögliche Weg, die Gesetze noch in diesem Winter zu erledigen, viel besprochen, ohne daß sich heute schon mit Bestimmtheit voraussagen ließe, ob dieser Vorschlag schließlich zur Ausführung

kommt. Jedenfalls würde man in diesem Falle die Reichstags-verhandlungen auf das knappste Maß beschränken und, wenn eine Nachsession von Erfolg sein soll, die Zwischenzeit zu einer konmissarischen Vorberathung der Verwaltungs-gesetze verwenden müssen.

[Zu dem Dankschreiben des Kaisers] an die berliner Stadtverordneten-Versammlung läßt die halb-amtliche „Wiener Abendpost“ sich folgendermaßen vernehmen:

„Die Antwort, welche der deutsche Kaiser auf die ihm zum neuen Jahre dargebrachten Glückwünsche des berliner Stadtverordneten-Kollegiums ertheilt hat, giebt in bemerkenswerther Weise der Hoffnung Ausdruck, dem deutschen Volke die Segnungen des Friedens zu sichern. Es dürfte dieses Wort überall einen um so freudigeren Eindruck machen, als eben jetzt in der europäischen Presse mehrfach vorkommende Andeutungen geeignet erscheinen konnten, die allgemeine Zuversicht in die Erhaltung des Friedens zu beirren.“

[Förderung der Kaiser-Wilhelms-Spende.] Der Minister des Innern hat durch Rundschreiben vom 23. v. M. die Regierungen und Landdrosteien ersucht, die Zwecke der „Kaiser Wilhelms-Spende“, allgemeinen deutschen Stiftung für Alters-, Renten- und Kapital-Versicherung, fördern zu helfen und namentlich die nachgeordneten Behörden und Beamten zu veranlassen, ihrerseits thatkräftige Unterstützung zur Erreichung so guter Ziele zu gewähren. Namentlich möchten die Landräthe, Amtshauptmänner, Oberamtänner u. s. w. in Erfüllung eines darauf bezüglichen Wunsches der Stiftungsdirektion, zunächst auf dem Lande und in den kleinen Städten Vertrauensmänner suchen, welche geneigt wären, als Abgeordnete der Stiftungsverwaltung die minderbemittelten und hier vorzuziehende Arbeiterklassen über den Nutzen der Anstalt zu belehren, dann aber Geldbeiträge anzunehmen und weiter zu senden. solcher Gewinnung von Hilfskräften hat der Minister die genannten Beamten ausdrücklich ermächtigt und es ferner für angemessen erklärt, durch die Presse auf die Vortheile der Stiftung hinzuweisen und die Theilnahme daran zu erwecken und lebendig zu erhalten.

[Der französische Botschafterposten in Berlin.] Wie aus Paris mitgetheilt wird, ist die Personfrage hinsichtlich des hiesigen Botschafterpostens thatsächlich entschieden. Die Ernennung Challemeil-Lacour's zu Vertreter Frankreichs am berliner Hofe ist erfolgt, und schadet der provisorischen Weiterführung der Geschäfte durch den Grafen St. Vallier, der übrigens, wie aus hiesigen Quellen in Uebereinstimmung damit verlautet, vor einigen Tagen seine näheren Umgebung gegenüber in den bestimmtesten Ausdrücken von seiner bevorstehenden Abreise nach Paris gesprochen haben soll. — Die Vermuthungen, die über den Eindruck dieses Wechsels in der Presse aufgetaucht sind, leiden an starker Uebertreibung; zweifelsohne würde derselbe überhaupt nicht erfolgen, wenn dem nicht so wäre. Daß man den Grafen St. Vallier nur ungern von hier scheiden sieht, schließt in keinem Falle Erwartung aus, daß es Herrn Challemeil-Lacour, der Ruf eines kenntnißreichen, geistvollen Politikers vorangeht

Stadttheater.

Posen, 13. Januar.

Des Freiherrn Gustav zu Puttkamers neuestes Schauspiel „Kolf Berndt“, das über die meisten größeren Bühnen gegangen ist, namentlich auch im Berliner Schauspielhause einen dauernden Erfolg erzielte, ging gestern auch bei uns in Szene, ein erneuter Beweis von der Sorge der Direktion, fortlaufend Neues und Neuestes im Schauspiel zu bieten.

Das Stück behandelt ein Thema, das schon öfter behandelt worden ist und leider immer zeitgemäß bleiben wird, der Kampf des Einzelnen gegen Neid, Mißgunst und Vorurtheil.

Kolf Berndt, ein durch eigene Thätigkeit reich gewordener Kaufmann, kehrt aus Australien nach Europa zurück, um in seiner norddeutschen Heimath ruhig die Früchte seines Fleißes zu genießen. Mißverhältnisse in der Familie, ein Bankrott des Vaters hatten ihn nach dessen Tode im Interesse der Gläubiger und der Seinigen über den Ocean getrieben; von der Ferne aus war Alles gesühnt und getilgt worden, vermeintlich, denn die eigene Mutter hatte die Gelder zu Gunsten eines zweiten ungerathenen Sohnes verwendet. Auf Madeira hatte sich Berndt vor Jahren mit der verwitweten Gertrude von Stirner verlobt und am Sitze dieser und deren verwandtschaftlichen Sippe in einer norddeutschen Seestadt spielt die Handlung.

Wir stehen kurz vor der Vermählung und der aufgehende Vorhang zeigt die luxuriöse Pracht des neuen Heims, das Berndt seiner künftigen Gattin bereitet hat. In einem dieser Salons lernen wir Mutter, Sohn und Braut kennen, erstere, bei Ausschluß aller Faktoren einer edleren Gesinnung, wie ein trennender Keil zwischen den beiden Anderen. Marianna, die Schwester Gertrudes, gesellt sich hinzu, es folgt Isabella, die Freundin, die Frau des Präsidenten von Freiling und der eigentliche Typus schmarotzender Lebenswürdigkeit und lästernder Nachrede; es folgt Dr. Leopold Stumpfenberg, Advokat, renommirter Intriguant und berechnender Jugendgespieler Berndts. Während Isabella die stillbeglühte alte Mutter zu einer zu arrangirenden Fête begeistert, benutzt Dr. Stumpfenberg die kurze Zeit zu einigen Malicen und öffnet Berndt die Augen über den Verbleib seiner eingeschickten Summen.

Der zweite Akt läßt hinter den Coulissen das Fest abspielen, im Vordergrunde passiren die Meisten kurz Revue, die Mutter mit der alten Dienerin Christel, dann der Advokat und Berndt, um die pekuniären Angelegenheiten zu ordnen; hierauf Isabella mit ihrem Bruder, dem Grafen Eberhard von Bork, einer Jugendliebe von Gertrude; er hat in Marseille Ergebnisse mit Berndt's Bruder gehabt, der ebenfalls auf der Reise nach Australien begriffen war, sie waren höchst infamirenden Charakters. Eberhard, die Personen verwechselnd, glaubt Gertrud warnen zu müssen, ein Brief war ungelesen geblieben, seine Annäherungsversuche während des Abends blieben fruchtlos und so entschließt

er sich dem zu einem Gewaltmittel, indem er sich in Neben-zimmer versteckt, um Gertrude zu überrumpeln und zum Anhö-ren zu zwingen. Marianna naht nun und hält ein Zwiegespräch mit der Schwester, aus dem der Lauscher eine Zuneigung für ihn heraus hört; hierauf, nachdem die Schwester weg, naht Eberhard selbst und berichtet nach einer erklärlichen kurzen Szene seine Ergebnisse mit dem vermeintlichen Bräutigam. Aber schon naht dieser und nachdem der Graf wieder unsichtbar geworden, kommt ein Zwiegespräch der Verlobten in Fluß, in welchem Berndt genau erzählt, was Eberhard wissen muß, um plötzliche tiefe Reue empfinden zu können, zudem Berndt seiner Gertrud noch ausdrücklich versichert, es wäre ihm schrecklich, wenn ein unberuhener Dritter diese Familiengeschichte erführe. Als Berndt von seiner ergriffenen Gertrud Abschied nimmt, fällt ihm (auch das Schicksal hat seine epileptischen Zufälle) der Haus Schlüssel aus der Tasche, Gertrude bittet darum; Berndt zieht sich zurück, Gertrude wandt in ihr Zimmer und Eberhard löst tief ergriffen die Lichter aus, heimlich Besserung gelobend und mit dem rettenden Schlüssel dem Gartenpförtchen zustrebend.

Der dritte Akt spielt in einem Zwischenzimmer bei Präsidenten. Nach hinten zu Salon, rechts Arbeitszimmer. Der Herr Präsident sitzt zwischen diesen beiden Räumen, schwankend, ob die ihn eben beschäftigende Ernennung Berndt's zum Konsul Sache der Arbeit oder Sache des Salons sei. Seine Frau ist in einem eröffnenden längeren Dialog gegen die Konsulatswürde später kommt, dieselbe Gesinnung bei dem eintretenden Dr. Stumpfenberg zum Durchbruch; auch er verschwindet hinten im Salon, wo seine Zunge schon erwartet wird. Da die Würfel gefallen sind, geht der Präsident rechts ab, mit einem ablehnenden Bescheid für Berndt.

Aus dem Salon treten Marianna und später von der Seite Eberhard hervor. Marianna ist entflohen wegen der allzuhandgreiflichen Lästerungen der Gesellschaft gegen Berndt (alles in Gegenwart der künftigen Schwägerin), die gestern genossenen Wohlthaten werden heute nachträglich mit der Zunge verdaut. Eberhard ist natürlich vollkommen dazu angethan, Marianna in ihrer Empörung gegen dies Gebahren zu unterstützen, Eberhard selbst ist nach seiner gestrigen heimlichen Verschlossenheit heute so edel aufgethaut, daß er Marianna einen Theil der Redewendungen vorträgert, die sie gestern vor dem lauschigen Winkel der Schwester gegenüber gethan hat, es knüpft sich hier stillschweigend der Bund zweier Herzen, der in einer Schlüsselpostrophe des Grafen im 5. Akte seine endliche Erledigung findet.

Nun kommt der Präsident und die ganze Gesellschaft zu verschiedenen Thüren herein, der vorsichtige Präsident appellirt wegen des Konsuls nochmals an die ganze erlauchte Genossenschaft, mit welchem Erfolge läßt sich denken. Da tritt Eberhard als rächende Nemesis auf und überzeugt Alle vom Gegentheile ihres Mißtrauens, bis auf einen Herrn von Gellow, mit dem er sich dann in Folge dessen auch noch schlägt; Berndt ist nun doch Konsul und der Vorhang fällt.

Im vierten Akte besucht ein alter Kapitän Torring, der eben mit einem Segelschiff nach Australien abfahren will, seinen alten Freund Berndt, lobt seine guten Eigenschaften und macht ihm den Vorschlag, wieder mit zurückzufahren, Berndt refüsiert, benutzt aber die Gelegenheit, dem alten Torring unbeschränkt Vollmacht für zu erweisende Wohlthaten an Bekannte in Australien zu ertheilen. Es kommt der erste abschlägige Bescheid des Präsidenten, es naht die Mutter, die ihr Herz über ihre schlecht Behandlung ausschüttet und dem Sohne mittheilt, daß sie Nachts den früheren Liebhaber Gertrudes aus dem Hause habe schleichen sehen, es naht Gertrude, die den keimenden Argwohn zu bannen weiß, es naht schließlich Marianna, die ihre Ergebnisse ausplaudert und Worte Eberhards zitiert, die dieser entschieden habe belauschen müssen oder durch die Schwester erfahren. Da scheint der letzte Hoffnungsanker zerrissen zu sein und Berndt rüstet unter unheimlicher Aufregung zur Abreise nach Australien, dem nochmal vorprechenden alten Torring ruft er seinen Entschluß zu und das Schicksal scheint seinen Lauf zu nehmen. Da naht plötzlich der Advokat und Eberhard mit den neuesten Berichten. Einem Zurufe „armer Freund“ thaut Berndt auf und eröffnet Eberhard sein Herz, es kommt die Entscheidung, Eberhard bekennt alle seine früheren Irrthümer und bietet dem beglückten Berndt die Freundeshand, Gertrude und die Mutter nahen zum frohen Schlusse und indem Eberhard seiner zukünftigen Marianna gedenkt, fällt der Vorhang.

Wir haben eine ausführliche Darstellung der Handlung gegeben, da man aus ihr am besten ein Urtheil sich bilden kann und mag. Das Stück hat den entschiedenen Vorzug, daß die beiden letzten Akte die spannendsten, oder jagen wir lieber die dramatischsten sind, was nach dem schwächsten dritten Akte sehr wesentlich und sehr förderlich ist. Daß der Mensch in seinem dunklen Drange sich des rechten Weges doch nicht immer bewußt zu sein scheint, dafür dürfte Graf Eberhard ein Beispiel liefern. Wohl ließe sich einwenden „wen Liebe nie zu weit getrieben, den trieb sie auch nie weit genug“, aber Eberhard strebt doch nur unter dem Impulse des Interesses und nicht der Liebe für Gertrude. Die Sprache ist eine äußerst routinirte und gewandte, aber doch immer mehr passend und klug als gewandt, und geistreich, was namentlich aus den Reden des dritten Aktes hervorleuchtet.

Gespielt wurde sehr gut und wirksam. Fräulein Kühnau als Gertrud von Stirner ließ wieder alle ihre bekannten Vorzüge leuchten. Am schönsten gestalteten sich die Szenen innerer Erregung im 2. und 4. Akte. Herr Rahn als Konsul Berndt bewegte sich durch die 5 Akte dauernder Resignation mit allen Attributen des schwer betroffenen und heimgejudchten lebenserfahrenen Mannes, der den Kampf gegen Vorurtheil und Mißgunst mit Würde kämpft und mit Würde zu unterliegen scheint. Graf Eberhard von Bork fand in Herrn Wäjer einen bereiten Repräsentanten, Fr. Weise als Marianna bot eine

gelingen werde, sich bald in ähnlichem Maße hier zu befestigen, wie es der Persönlichkeit und dem Takte seines Vorgängers gelungen war. Bis zur offiziellen Verlautbarung dieser Ernennung dürfte immerhin noch einige Zeit verstreichen.

[Spezialetat aus dem Reichshaushalt.] Dem Bundesrath sind mehrere Spezialetat pro 1880 bis 1881 zugegangen. Der Etat des Auswärtigen Amtes schließt ab in der Einnahme mit einem Plus von 19,610 M., in der Ausgabe mit einem Plus von 167,965 M. Das Auswärtige Amt beantragt eine Gehaltszulage von 24,000 M. für seinen Staatssekretär; er soll statt 36,000 M. 60,000 M. nebst freier Wohnung erhalten. Im Ganzen betragen die Mehrforderungen für Gehaltsaufbesserungen des Amtes 30,000 M. Für den Ministerpräsidenten in Belgrad werden 5000 M. Zulage verlangt, für die Botschaft in Paris zu den bisherigen Gesamtkosten 600 M. Der Gesandte in Tokio soll eine Repräsentationszulage von 9000 M., ein neuer Legationskanzlist in Tanger 4800 M. erhalten. Ersatz wird fortan die Richtschützung für den Botschafter in Wien mit 18,600 M. Beim Fürsten von Bulgarien wird ein Generalkonsulat eingerichtet, das 33,700 M. kostet; das Generalkonsulat in Sidney erfordert 29,000 Mark, und das in Warschau erhält einen Zuschuß von 3000 M. zu den bisherigen 43,200 M. Für einen Konsul in Apia werden 29,000 M. und für einen Berufskonsul in Montevideo 30,000 M. gefordert. Zum Bau des Botschaftshotels in Wien kommt die letzte Rate von 200,000 M. zur Zahlung; die zoologische Station des Dr. Dohrn in Neapel erhält 30,000 Mark und für Olympia-Ausgrabungen sind 150,000 Mark ausgeworfen. Der Etat für den Reichszanzer und die Reichszanzlei erhöht sich von 103,780 M. auf 118,870 M., ausschließlich durch die Kreierung neuer Subalternstellen und Zulagen an Unterbeamte. Für die Dienstwohnung des Reichszanzlers und den dazu gehörigen Garten werden 5000 M. mehr gefordert. Der Etat für den Rechnungshof des deutschen Reichs weist eine Einnahme von 54 M. auf; sie kommt zu Stande als Entschädigung von einem Dienstwohnungsinhaber für die Entnahme von Feuerungsmaterial aus den amtlichen Beständen. Die fortwährenden Ausgaben stellen sich auf 460,618 M., um 180 M. geringer, und die einmaligen Ausgaben betragen 20,000 M., 15,000 M. weniger wie im Vorjahre.

[Herr Windthorst und das Inseratenwesen.] Hr. Windthorst hat sich bekanntlich in der Sonnabend Sitzung des Abgeordnetenhauses bemüht gefunden, in die Fußstapfen Lassalle's zu treten und den Wunsch auszudrücken, daß die politischen Journale keine Inserate aufnehmen dürften. Der verehrte Abgeordnete für Meppen hat dabei nur zweierlei übersehen, einmal daß grade die zahlreichen Inserate es sind, welche eine Zeitung unabhängig von der politischen Gunst und Laune Einzelner machen und daß andererseits jener Aufschwung der deutschen Presse, der dieselbe in ihren Leistungen nahezu der englischen an die Seite gestellt hat, nur durch die Einnahmen aus den Inseraten möglich geworden ist, da die Abonnements- Erträge allein die Ausgaben der großen politischen

Journale nicht decken können. Der Verzicht auf das Inseratenwesen würde die Presse somit auf das klägliche Niveau früherer Zeiten herabdrücken. Herr Windthorst hat sich insbesondere auch die „Kölnische Zeitung“ zur Zielscheibe seiner Angriffe erwählt. Dieselbe fertigt ihn heute folgendermaßen ab:

Die Rede des Abg. Windthorst giebt uns übrigens besonderen Anlaß, in eigener Sache ein Wort über dieselbe zu sagen. Wir sind nicht wenig erschrocken über die unbarmherzige Weise, in welcher er mit der „Kölnischen Zeitung“ ins Gericht ging. Wir müßten uns, sagte der Führer der Zentrumsparthei, weil wir so viele Inserate hätten, auch nach den Anschauungen des inserirenden Publikums richten und auf diese Weise seien wir in eine so destruktive Richtung hineingerathen. So schroff wegen unserer destruktiven Richtung demüthigt zu werden, hatten wir am allerwenigsten von Herrn Windthorst erwartet. Leider aber müssen wir zugeben, daß der Abgeordnete für Meppen vollständig Recht hat. Zu unserer Inseratenfundschaft gehört nämlich auch eine gute Zahl Freunde und Parteigenossen des Abgeordneten Windthorst. Wir haben Inserate von denselben aufgenommen, selbst solche, die zu ultramontanen Versammlungen einladen, in welchen selbst nach unserer Meinung destruktive Tendenzen verbreitet wurden, wir haben Anzeigen veröffentlicht, welche Bücher empfehlen von ultramontanen Verlegern aus Süd- und Norddeutschland, in denen, wie auch wir annehmen mußten, thätlich destruktive Tendenzen gepredigt wurden. Wie gesagt, wir haben das gethan und gestehen deshalb, daß wir diesen Vorwurf des Abgeordneten Windthorst verdienen; nur hätten wir nicht erwartet, gerade vom Abgeordneten Windthorst dieserhalb bloßgestellt zu werden. Herr Windthorst deutet ferner an, daß auch die redaktionelle Haltung durch die Inserate beeinflusst würde. Möglich, daß wir in Folge besagter Anzeigen etwas ins Ultramontane schillern; das geichabe gegen unsere Absicht, insofern Herr Windthorst muß das am besten erkennen können; nur begreifen wir dann noch um so weniger, warum er die Inserate aus politischen Blättern verweisen will. Hätte der Staat vor fünf Jahren die Wirkungen des Inserirens so gut verstanden wie Herr Windthorst, das Centrum wäre längst auseinandergefallen. Die Regierung hätte einfach ihre Inserate der „Germania“ zuzuwenden gebraucht und die „Germania“ wäre sofort ein regierungsfreundliches Blatt geworden. Wie leicht hätten es jüngst die Schutzgänger in unserer Nachbarschaft gehabt: hätten sie nur bei uns inseriren lassen, nie wären wir für alle möglichen Schussbälle eingetreten! Die Großindustriellen indes schienen uns, weil aus nächster Nähe, auch von einer anderen Seite zu kennen, als Herr Windthorst - Meppen sich den Anschein giebt. Daß ihre Inserate uns nicht zu Schutzgäubern machen würden, glaubten sie nicht weiter erfahren zu brauchen und versuchten durch zeitweilige Entziehung derselben uns zu besserer Einsicht zu vermögen; leider mit demselben Mißerfolg. Und so inseriren wieder Schutzgänger und Freihändler, Ultramontane und Fortschrittler; und was glaubt wohl der Abg. Windthorst warum? Wir wollen es ihm verrathen. Nicht um uns zu destruktiven Tendenzen zu verführen, sondern um ihren Bekanntmachung durch die „Kölnische Zeitung“ die weitest Verbreitung zu geben; mit nacten, düren Worten, aus Geschäftsinteresse. Sobald der liberalste Kaufmann durch ein Inserat in einem ultramontanen Blatte sich ein gutes Geschäft verspricht, wird er unbedenklich darin inseriren. Und die ultramontanen Blätter fordern ohne die mindesten Gewissensfrüpel die liberalsten und radikalsten Kaufleute zum Inseriren bei ihnen auf. Herr Windthorst verdient sich oft den Dank des Abgeordnetenhauses und des Publikums durch seine geistreichen Späße. Diesen Spaß aber hätte er in eigenem Interesse besser gethan, einem jüngeren strebsamen Parteigenossen abzutreten, der vielleicht auf das Zeitungswesen sich besser versteht als Hr. Windthorst und speziell im Inseratensach etwas mehr praktische Erfahrung hat.

„Was den ernsthaften Ausgang der Annoncendebatte in der letzten Abgeordnetensitzung anlangt, daß Regierungsbeamte Anzeigen in wenig verbreitete Blätter einrüden lassen, so wollen wir - sagt die „Kölnische Zeitung“ weiter - unsere wohl un-

widerlegliche Meinung dahin abgeben, daß der Zweck der von der Regierung ausgehenden Anzeigen doch jedenfalls der ist, im Interesse der Regierung gewisse Nachrichten so viel wie möglich zu verbreiten. Wenn die Regierung also aus politischen Rücksichten für ihre Anzeigen ein weniger verbreitetes Blatt wählt, so beschäbigt sie sich selbst und ihre Regierungshauptkasse in so empfindlicher Weise, daß die paar Mark, um welche sie unbeliebte Blätter zu kränken wünscht, dagegen gar nicht in Betracht kommen. Ein so kleinliches Verfahren sollte gewiß aus Gründen des Staatswohles von keiner Regierung befolgt werden.“

[Der Gedanke an eine Nachsion des Landtages,] welchen die „Provinzialkorrespondenz“ kürzlich hinwarf, ist in Regierungskreisen sehr ernsthaft aufgeworfen worden. Man hält, schreibt die „Nat.-Z.“, daran fest, daß die Einberufung des Reichstages jedenfalls spätestens im Laufe der zweiten Februarwoche, also etwa am 12. Februar, erfolgen soll. Da von den Steuerprojekten, die sich für den Reichstag vorbereiten, noch keins eine feste Gestalt angenommen hat, so hält man es für möglich, mit einer kurzen, etwa bis Ostern währenden Session durchzukommen und dann den Landtag wieder einzuberufen. Wir müssen uns hier freilich die Einschaltung gestatten, daß schon manche Session, die bei ihrem Beginn sehr kurz zu werden versprach, dem am Schlusse rückschauenden Blicke sich als eine sehr lange auswies. In welcher Weise man die Nachsion des Landtages mit der Hauptsession zu verbinden gedenkt, ob die letztere feierlich geschlossen und demnächst die erstere feierlich eröffnet werden soll, oder ob eine förmliche oder eine unformliche Vertagung eintritt, das Alles ist noch nicht erwogen worden und wie man sich auch entscheide, man wird mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden haben. Soll aber die Möglichkeit gegeben werden, daß die Nachsion Früchte bringt, so muß die Zwischenzeit zu kommissarischen Beratungen benutzt werden. Das Gesetz über die Organisation der Verwaltungsbehörden ist dasjenige, welches den Charakter der Dringlichkeit einige der Materien, die in dem Kompetenzgesetze behandelt sind. Das Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit und über Abänderung der Kreisordnung werden es jedenfalls nicht über eine Anstandslesung hinausbringen. Die nationalliberale Parthei, welche Sonntag über ihre Stellung zu den Vorlagen in Berathung getreten ist, war einstimmig der Ansicht, daß sie nach ihrer ganzen Vergangenheit die Pflicht habe, zu einer Fortführung der unterbrochenen Verwaltungsgesetzgebung ihre kräftigste Mitwirkung zu leisten und daß sie sich namentlich nicht auf den Abweg verleiten lassen darf, zu behaupten, daß vor Emanation der Landgemeinordnung das Werk sich überhaupt nicht fortführen lasse. In den Einzelheiten der vorliegenden Arbeit ist Manches, vielleicht Vieles auszusetzen; in ihrer Gesamtheit ist sie jedenfalls als ein ehrlicher Versuch des Ministers anzusehen, die von seinen Amtsvorgängern gegebenen Zusagen einzulösen. Betreffs der Reduktion der sechs hannoverschen Landdrosteien auf drei Regierungen war die Fraktion einstimmig der Ansicht, daß diesem Vorschlage, für welchen keine anderen Gründe in das Feld geführt seien, als

liebenswürdige naive Leistung, die öfters den Beifall herausforderte. Frau Berndt wurde durch Fr. J. Fanger wahr und natürlich gezeichnet, Herr Waldeck gab dem Advokaten Stampfenberg das richtige Kolorit, und wie Herrn Valk die schwache Erzählung von Freiling, so gelang Herrn Devereur der europäische Kapitän Torring. Das Theater war vollzählig besetzt und der Beifall geleitete die Darstellung von Szene zu Szene.

Die Entstehung der Rinderpest

nach den Anschauungen des sibirischen Bauern. (Altenmäßig festgestellt.)

In Sibirien lebten und leben noch seit dem Jahre 1863 viele hochgebildete Deportirte, welche der Wissenschaft viele und zwar sehr bedeutende Dienste geleistet haben. Ich erinnere nur an Dr. Czekanowski, den Erforscher des Delnos und seiner Mündung, an Dr. Dybowski und Godlewski, welche die Fauna des Baikalsee's erforscht und sich namentlich um die Erforschung der Süßwasserfräbber und durch Tiefmessungen ein unbefreitbares Verdienst erworben haben, und an Dr. Hartung, dem wir eine eingehende Beschreibung der Insekten Sibiriens verdanken. In Ussolje an der Angara lebte ich in intimen Verhältnissen mit Dr. Lukowski, der sich selbst hauptsächlich mit Botanik beschäftigte, nebenbei aber auch Dr. Hartung beim Sammeln von Käfern und Insekten behilflich war, und mit dem ich nach meiner Rückkehr aus Sibirien in brieflicher Verbindung geblieben bin. Derselbe theilte mir vor Kurzem einige Episoden aus seinem Leben mit, von denen namentlich folgende von allgemeinerem Interesse sein dürfte, da sie die Naturanschauungen des russischen Bauern in Sibirien, ja theilweise sogar der sogenannten gebildeten Kreise daselbst, charakterisiren.

„Im Juni 1869 - schreibt Dr. Lukowski - fuhr ich über die Angara auf die Hütung des Dorfes Schylkina. Ein Sibirier bemerkte, daß ich dort unter Steinen und umgestürzten Baumstämmen stöbere und untersuche, auch ein Netzchen (zum Fangen von Schmetterlingen und Käfern) in der Luft schwenke. In jener Zeit grassirte in ganz Sibirien eine fürchterliche Rinderpest*). Ein Schylkiner Bauer, der mein Treiben beobachtete, eilte ins Dorf, allarmirte sämtliche Bewohner desselben und sagte ihnen, daß er den den entdeckt habe, welcher die „Tschuma“,

die fürchterliche Rinderpest, macht. Die Bauern stiegen sofort, mit Schußwaffen, Knüppeln, Heugabeln und Aerten bewaffnet, zu Pferde und eilten, geführt vom glücklichen Entdecker des Uebelthäters, hinaus auf die Hütung. Ich werde gefangen genommen und vor die Dorfbehörden geführt. Zu meinem Glück lebten in Schylkin einige unfreiwillige Ansiedler, welche die Eingeborenen belehrten, daß die Käfer, welche sie bei mir gefunden haben, zu wissenschaftlichen Forschungen, aber nicht zum Hervorzaubern der Rinderpest dienen, denn auch bei Mostau sehe man häufig Studenten mit solchen Netzen Schmetterlinge und Käfer fangen.

„Diese Erklärung fand jedoch nur halb Glauben, und der hochweise Dorftrath beschloß, sintemal es doch möglich sein könne, daß das Fangen von Käfern einige Beziehung zur Rinderpest habe, mich aus dem Weichbilde Schylkins zu entfernen und sofort über die Angara nach Ussolje zu schaffen. Man fuhr mich auf die zu diesem Dorfe gehörende Insel Spaska und setzte mich hier aus; ich wäre hier vor Hunger umgekommen, wenn nicht einige Freunde, beunruhigt durch mein langes Ausbleiben, mich gesucht und endlich, durch mein Rufen nach Hülfe herbeigeloct, mich gefunden hätten. Es ist dies dieselbe Insel, auf der wir beide während unseres Ausfluges nach Mosta (am rechten Angarauer) zwei herrliche in Europa gänzlich unbekannt Orchideen gefunden hatten.

„Im Jahre 1870 (also zwei Jahre später als Du) wurde auch ich von der Strafarbeit befreit und aus Ussolje entlassen, um im Kreise Balaganst angeheilt zu werden. Ich lebte im Dorfe Golomet, das zur Gemeinde Tscherechnowo gehört und begann sofort im Frühling Pflanzen, Käfer und Insekten zu sammeln. Die leidige „Tschuma“ (Rinderpest) hatte noch nicht aufgehört zu wüthen. Als die Bewohner sahen, daß ich mich so eifrig mit dem Sammeln von Pflanzen u. s. w. befaßte, das ihrer Ansicht nach keinen praktischen Werth haben konnte, flagten sie mich beim „Sasjedatjel“ der schwarzen Kunst und Zauberei an, und forderten ihn auf, meine baldige Entfernung aus der Gemeinde zu veranlassen, da es sicher sei, daß ich die Plage der Rinderpest in die Gegend gezaubert habe. Der Sasjedatjel Ignatjew lachte die Leuten aus, als sie ihm erklärten, ich fange Käfer, mit denen ich mich nicht allein nähre, sondern die ich auch trockne, zu Staub zerreiße, in Gift umwandle, mit dem ich dann das Gras auf der Weide bestreue, und so Tausende von Kindern vergifte. Ignatjew wies die Sibirier kurzweg ab und vertheidigte mich gegen ihre Anklagen.

„Die Bewohner von Golomet waren hiermit nicht zufrieden; sie begaben sich ins Dorfgericht und zwangen ihren Dorf-schreiber, daß er ein Protokoll aufnehme, in welchem gesagt war, daß ich an allem Unglück, das die Rinderpest verursacht hat, Schuld sei, da ich lediglich, um die Epidemie verbreiten zu können, Käfer und Pflanzen sammle. Der Schreiber verfaßte ein ziemlich umfangreiches Protokoll, und sowohl er als der Orts-

schulze bekräftigten die Aussagen der Bauern durch ihre Unterschrift. Dieses Aktenstück wurde der Kantonalbehörde (Woloski) übersandt, welche es dem Isprawnik (Landrath) Zaborowski zur weitem Verfügung einsandte. Der weise Isprawnik fügte seinerseits hinzu, daß die Aussagen der Bauern von Golomet vollkommen richtig seien, und sandte das Aktenstück an den Zivilgouverneur Schalashnikow nach Irkutsk. Er hat zugleich, daß ich zur Beruhigung der Bewohner in den Kreis Wjerscholenst (an der Lena) gesandt werde.

„Ich habe meinerseits dem Generalgouverneur Sinelnikow in Irkutsk eine Vorstellung eingereicht, und eine Folge hiervon war, daß der Isprawnik seines Amtes entsetzt, mir aber erlaubt wurde, mich nach wie vor mit botanischen und zoologischen Forschungen zu beschäftigen.

„Meiner eigenen Ruhe wegen verließ ich jedoch Golomet und zog nach dem 20 Werst entlegenen, von Buriaten bewohnten Dörfchen Jret. Die Buriaten nahmen mich sehr gut auf, denn ich hatte ihrer viele vom Bandwurme (den von 10 Personen gewiß 6 haben) befreit. Ich befaßte mich dort und in der Umgegend mit der Heilung der Menschen vom Bandwurme und dem Sammeln von Pflanzen und Insekten. Ich wohnte allein in einer Hütte.

„Eines Tages kamen Buriaten zu mir und theilten mir mit, daß die Ruffen aus Golomet beschlossen hätten, mich zu tödten und dann die Hütte, in welcher ich wohnte, in Brand zu stecken, um die Spur ihrer That zu verwischen. Sie waren fest überzeugt, daß die Epidemie aufhören würde zu grassiren, wenn sie mich erschlugen. Der Vorsicht wegen ließ ich mir von einem Buriaten einen Revolver; außerdem besorgte ich mir aber einen ganz gehörigen Stock und machte mir aus Phosphor und Fett eine Salbe. Der Vorsicht wegen schloß ich auch nicht mehr in der Hütte, sondern auf dem Boden derselben.

„Es dauerte nicht lange, da hörte ich während einer Nacht, daß sich Menschen der Thür meiner Wohnung nahen und vernahm deutlich leise gesprochen russische Worte. Ich war sicher, daß die Nachbarn gekommen waren, um die Welt vom Urheber der Rinderpest zu befreien und bereitete mich zum Widerstande vor.

„Vor allen Dingen beschmierte ich Gesicht, Haare, Hände, Kleider und Stock mit der ad hoc zubereiteten Phosphorsalbe, ließ mich darauf aus einer Oeffnung im Dache der Hütte auf den Boden herunter, und fiel den in die Wohnung eingedrungenen Sibiriern in den Rücken. Zuerst feuerte ich einen Schuß über ihre Köpfe ab, und als sie sich in der finsternen Stube umschauten, stand ich wie eine Feuersäule vor ihnen. Ich ließ die Eindringlinge natürlich nicht erst zu Besinnung kommen, sondern applizirte ihnen einen Hagel von Prügeln, - daß die Funten stoben. Wer es vermochte, sprang durchs Fenster auf die Straße, zwei stürzten mir zu Füßen und stekten um Schonung, die

*) Während meiner Rückreise aus Sibirien, die Ende 1869 erfolgte, fand ich beispielsweise im Dorfe Selan, Tomsker Gouvernements, nur eine einzige Kuh von einer nach Hunderten zählenden Herde übrig. Sie war dadurch gerettet worden, daß sie ihr Eigenthümer, während die Seuche grassirte, fern vom Dorfe im Walde und zwar im kleinen Dose (Satinka), den jeder Bauer auf seinem gewöhnlich weit vom Dorfe liegenden Felde hat, hielt. Das an der Seuche gefallene Vieh ließ man in der Nähe der Dörfer auf dem Felde liegen. Die Felle werden ganz ruhig in den Handel gebracht.

Erparungsrückichten, nicht stattgegeben werden dürfe. Die Verhältnisse des Küstenlandes sind von denen des Oberlandes zu sehr verschieden, als daß ein lebensfähiger Verwaltungsbezirk geschaffen werden könnte, welcher in Länge, wenige Kilometer vor den Thoren Hannovers beginnt und bis Cuxhaven reicht. Ein ähnliches Mißverhältniß würde durch die Zusammenschweifung von Osnabrück und Ostfriesland entstehen; nur die Zusammenlegung von Hildesheim und Hannover kann als offene Frage betrachtet werden. Es sind noch eine Reihe von anderen Punkten, die zu Bedenken Veranlassung geben. Beispielsweise wird die Fraktion sich nie damit einverstanden erklären, daß die Mittelstädte in der Weise, wie der Entwurf es beabsichtigt, der Aufsicht des Landraths unterstellt werden. Die Möglichkeit, noch in dieser Session eine Einigung mit der Regierung zu erzielen, kann aber nicht für ausgeschlossen erachtet werden.

[Zu den Personalveränderungen in der Staatseisenbahnverwaltung] schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ offiziös: Die Mittheilungen verschiedener Blätter über bevorstehende Personal-Veränderungen in der Staatseisenbahn-Verwaltung sind mehrfach theils unrichtig, theils ungenau. Es handelt sich unseres Wissens um zwei verschiedene Dinge: um die Besetzung der mit dem 1. k. M. in Wirksamkeit tretenden königlichen Eisenbahndirektionen in Köln, Magdeburg und Stettin — von denen die letzterwähnte nicht als dauernd gedacht ist — und um die für die geplante anderweite Organisation der gegenwärtigen Provinzial-Verwaltung der Staatsbahnen vorzüglich vorzubereitenden Personalverschiebungen. Die Besetzung der neuen Direktionen erfolgt, wie wir erfahren, fast vollständig aus vorhandenem, in den Staatsdienst übertretenden Privatbahnpersonal und bedarf nur einer geringen Ergänzung aus der Staatseisenbahn-Verwaltung, welche in Folge der Neuorganisation auch Kräfte abgeben kann. Daß der Geh. Regierungsrath Dffermann in Köln, zur Zeit Mitglied der Direktion der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft, für die Stelle als Präsident der königlichen Direktion dieser Bahn designirt, ebenso daß der zeitweilige Vorsitzende der königlichen Eisenbahndirektion in Saarbrücken für die gleiche Direktion in Stettin in Aussicht genommen ist, hören wir als zutreffend bezeichnen, zumal der Letztere in Saarbrücken überflüssig werden dürfte. Dagegen ist es nicht richtig, daß die Verwaltung in Saarbrücken mit derjenigen der Köln-Mindener Bahn verbunden werden soll. Beide Bahnen stehen an keinem einzigen Punkte in örtlicher Verbindung. — Die Bezirke der königlichen Direktionen in Bromberg, Breslau, Elberfeld bleiben von den Veränderungen gänzlich unberührt, der Direktionsbezirk Berlin würde keine Erweiterung, sondern durch die Ueberweisung der Strecke Berlin-Blankenheim, mit einem besonderen Betriebsamt in Berlin, an die Direktion in Frankfurt a. M. eine Verkleinerung erfahren. Alles Weitere wird abzuwarten sein. Von der Veretzung von etwa 40 Direktionsmitgliedern, von welcher ein hiesiges Blatt phantasiervoll wissen will, ist nicht die Rede.

[Sr. Miquel] ist nunmehr auf Präsentation der Stadtverordneten-Versammlung zum ersten Bürgermeister der

Stadt Frankfurt a. M. ernannt worden. Zum zweiten Bürgermeister wird, nachdem Dr. Berg die bereits erfolgte Wiederwahl abgelehnt hat, der bisherige Vorfesher der Stadtverordneten-Versammlung, Dr. Heußenstamm, gewählt werden.

[Bei der Enteignung eines Grundstücks] richtet sich nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, V. Senats, vom 19. November 1879, die Bestimmung des Preises nach dem zur Zeit des Enteignungsverfahrens vorhandenen gemeinen Werth und nach den etwaigen besonderen Vortheilen und Nutzungen des Eigenthümers aus dem Grundstück, nicht aber nach dem als Folge der Enteignung sich ergebenden höheren Werth des Grundstücks.

[In Betreff der Dotation der Volksschule] sind beim Abgeordnetenhaus wiederum zwei Petitionen eingegangen, deren eine zu veranlassen beantragt, daß noch in dieser Session ein Entwurf zu einem die äußeren Verhältnisse der Schulen und ihrer Lehrer betreffenden Gesetze vorgelegt werde; während die andere beantragt, bei der bevorstehenden Steuerreform durch Uebernahme mindestens der Volksschullehrer-Gehälter auf den Staatshaushaltsetat die Gemeinden zu entlasten. Das Bedürfniß einer gesetzlichen Regelung der Dotationsverhältnisse der Volksschule macht sich mehr und mehr geltend, und das Abgeordnetenhaus dürfte kaum einem solchen Bestreben, falls dadurch die Volksschule gekräftigt und gehoben würde, entgegenzutreten.

[Beschränkte Einfuhr von Rindvieh aus der Schweiz.] Das königlich bairische Staats-Ministerium des Innern veröffentlicht folgende Bekanntmachung, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend:

Zur Sicherung des Vollzuges der Bekanntmachung vom 28. Juli v. J. (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 713) wird bestimmt, daß die Einfuhr von Rindvieh aus der Schweiz nur gestattet ist, wenn durch amtliches Zeugniß der mindestens dreitägige Aufenthalt der einzuführenden Thiere an einem seuchefreien Ort der Schweiz nachgewiesen wird.

[Der mecklenburgische Landtag] in Sternberg ist geschlossen worden, ohne daß die Frage der Landesverfassung ihrer Lösung näher gekommen wäre. Ritter- und Landschaft haben je 9 Mitglieder in die Deputation gewählt, die eine neue Grundlage zur Vergleichsverhandlung auffinden soll. Da aber die ritterschaftlichen Mitglieder rechts und die landschaftlichen Mitglieder links gehen, so kann aus dem Schoße dieser Deputation nichts Lebensfähiges hervorgehen. Ein Mitglied der Ritterschaft äußerte sich auf dem Landtage: „Für Mecklenburg würde die Einführung einer konstitutionellen Verfassung der Moment sein, in welchem es staatsrechtlich den Boden historischer Entwicklung auf christlicher Weltanschauung verliere und sich auf den Boden des Naturrechts, d. h. der revolutionären Weltanschauung, stelle.“ Dabei ist Mecklenburg ein Theil des deutschen Reiches, daß doch eine konstitutionelle Verfassung hat. Uebrigens hat Mecklenburg jetzt eine eigenthümliche Noth, die Bürgermeisternoth. Viele Bürgermeister haben es vorgezogen, Amtsrichterstellen anzunehmen und nicht wenige Städte müssen sich ganz ohne Bürgermeister behelfen. Der Manael an Stadt-

Beauftragten in der Admiralität erfordert wird. Dagegen wird die Herzogin von Edinburgh in Cannes in der Villa des Dines verbleiben. Auch die Großfürsten Sergius und Paul befinden sich gegenwärtig in der Umgebung der Kaiserin. Der Bruder des Kaisers, der Großfürst Nikolaus, wurde ebenfalls erwartet, allein die Kaiserin, der von den Ärzten möglichst große Schonung vorgeschrieben ist, ließ den Wunsch ausdrücken, daß diese Reise, vorläufig wenigstens, unterbleiben möchte. Dem Fürsten Drloff wurde derselbe Wunsch übermittelt, allein der Botschafter scheint einem höheren Befehle Folge geleistet zu haben.

Die besorgnißerregenden Nachrichten über den Gesundheitszustand der Kaiserin von Rußland und die daran geknüpften schlimmsten Befürchtungen haben aus den Kollektanen der Redaktionen manche bemerkenswerthen Einzelheiten über das Leben dieser Fürstin ans Tageslicht gebracht. Zu den interessantesten Mittheilungen dieser Art gehört, schreibt die „Nat.-Ztg.“, unstreitig das von einem ehemaligen französischen Diplomaten, Grafen Reiset, jetzt veröffentlichte, die Kaiserin in behandelnde Bruchstück seiner Memoiren. Graf Reiset, ein feingebildeter Diplomat und ungewöhnlich begabter musikalischer Dilettant, war Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre französischer Gesandter am darmstädter Hofe. Er gehörte dort zu den ausgesprochensten Lieblingen des damaligen Großherzogs Ludwig III. und der ganzen Hofgesellschaft. Auf das musikalische Leben der heillosen Residenz hatte er den maßgebendsten Einfluß gewonnen, einen Einfluß, dem u. A. die erste in Deutschland stattgefundene Auf-führung der „Gounod'schen Oper „Faust“ zu danken ist. Der durch seinen pariser Erfolg schnell berühmt gewordene Komponist wohnte dieser Vorstellung bei und wurde von Graf Reiset, mit dem er durch die Liebe der Musik zu herlicher Freundschaft verbunden war, dem Großherzog vorgestellt, und dieser behandelte den französischen Künstler mit größter Ansehung. Eine von dem Gesandten selbst komponirte Oper wurde gleichfalls in Darmstadt auf die Bretter gebracht. Es ist natürlich, daß es unter solchen Verhältnissen dem Diplomaten nicht schwer werden konnte, von allen Hofverhältnissen, den damaligen und den früheren, umfassend unterrichtet zu werden und man darf annehmen, daß die privaten Aufzeichnungen der Gesandten (von denen der „Figaro“ das hier benutzte interessante Fragment veröffentlicht) ein treues Bild der Dinge geben. Man erfährt daraus, daß diese Eheschließung den Abschluß eines kleinen Romans von lebenswürdigem Inhalte bildete, eines Romans, wie er bei ähnlichen Veranlassungen an den Höfen gewöhnlich nicht zu spielen pflegt. Im Jahre 1841 wurde der damals dreundzwanzigjährige Großfürst = Thronfolger Alexander auf die Brautschau geschickt. Eine Liste der heirathsfähigen Fürstentöchter schrieb ihm die Reiseroute vor. Vom Grafen Drloff und dem Grafen Johann Tolstoy begleitet, besuchte der junge Prinz zuerst Berlin und einige norddeutsche Höfe und begab sich dann über Frankfurt nach Karlsruhe, um die Bekanntschaft der Prinzessin Alexandrine (späteren Herzogin von Sachsen = Koburg = Gotha) und Marie von Baden (späteren Herzogin von Hamilton) zu machen. Während des eintägigen Aufenthalts in Frankfurt erhielt der Großfürst ein Schreiben des Großherzogs Ludwig II. von Hessen = Darmstadt, worin dieser ihn bat, er möge auf der Reise durch Darmstadt das Diner im Schlosse einnehmen. Der Großfürst nahm die Einladung an, obwohl ungern. Das Diner fand im engsten Familienkreise statt; die junge Prinzessin Marie war nicht zugegen. Der Großfürst hatte keine Ahnung von ihrer Existenz, denn ihr Name stand nicht auf der Liste der präsumtiven Bräute. Als er sich am Abend zum Thee begab, traf er in dem Speiseaal durch Zufall ein junges Mädchen in Begleitung ihrer Gouvernante (Mlle. de Grancy) und im Begriff sich in das Theezimmer zu begeben. Verlegen und erröthend trat das Fräulein bei Seite, um den Gast passieren zu lassen. Der Großfürst fragte schnell seine heftigen Begleiter, wer die Dame und wie alt sie sei, bestand sodann darauf, daß sie vor ihm den Salon be-

regenten ist so groß, daß manchmal zwei Reichstädte einen gemeinamen Bürgermeister haben; selbst Teterow, das doch 5300 Einwohner zählt, kann keinen Bürgermeister finden, trotzdem die Pölle mit 4200 M. dotirt ist.

Oesterreich.

[Ein neuer Skandal aus Pest.] Man telegraphirt unterm 10. Januar:

Die Skandal-Affaire des Volksboden-Kredit-Instituts hat heute einen tragischen Abschluß gefunden. Graf Paul Festetics, Präsident der genannten Anstalt, war durch Briefe von seiner eigenen Hand, die der Abg. Verhovay in dem Blatte „Függetlenseg“ veröffentlicht, kompromittirt worden. Ein Freund des Festetics, Sidor Maitheny, erschien in Folge dessen bei Verhovay, erklärte diesen, trotz Vorzeigung der authentischen Aktenstücke, für einen Verleumder und provozierte so ein Duell. Verhovay wählte zu Sekundanten den Baron Medniansky und den Abgeordneten Romiathy, Maitheny den Baron Nechritz und Benitzky. Das Duell fand heute 11 Uhr Vormittags auf dem alten Rennplatz statt. Es wurden 25 Schritte Distanz mit 5 Schritten Avance für jeden Duellanten vereinbart. Verhovay wurde schwer verwundet. Er ist an der rechten Brustseite getroffen, die Kugel konnte bisher nicht gefunden werden. Anscheinend ist die Luftröhre verletzt. Der Zustand Verhovay's wird als ein hoffnungsloser bezeichnet. Da Festetics die Sache nicht selbst vertreten hat, sondern ein anerkannt guter Pistolenschütze für ihn als Provoqueur auftrat und sich einer Sache annahm, die ihn nichts anging, macht die Duellaffaire um so größeres Aufsehen. Die politischen und literarischen Kreise sind in großer Aufregung. „Pesti Naplo“ fordert die Redakteure sämtlicher Blätter auf, heute um 5 Uhr zu einer Besprechung zusammenzutreten, um ein gemeinsames Vorgehen gegen ähnliche Vorkommnisse, denen jeder Journalist ausgesetzt ist, zu vereinbaren. Verhovay's Zustand erregt allgemeines Bedauern, da er trotz seiner ergentriichen politischen Stellung als bedeutender Journalist und Redner hochgeachtet ist.

Dem „Wiener Tagebl.“ telegraphirt man noch über diese Affaire:

Das Duell erregt ungeheures Aufsehen. Die Briefe, welche Verhovay in seinem Blatte „Függetlenseg“ veröffentlicht hat, stammen aus der bei dem städtigen Direktor des Volks-Bodenkredit-Institutes, Vegh, beschlagnahmten Privatkorrespondenz. Auf Grund dieser Briefe, welche bei Vegh gefunden wurden, beschuldigte Verhovay die ungarische Presse der Käuflichkeit und griff besonders den ehemaligen Präsidenten des Volks-Bodenkredit-Institutes, Grafen Paul Festetics, in arauamer Weise an. Diese Angriffe erschienen sämtlich unter dem Titel: „Banditen im Frack“. Gravirend waren Verhovay's Angaben über verschiedene Personen, welche an der Spitze des Institutes gestanden haben, unter Anderen über den Bruder des Minister-Präsidenten, Ladislaus Tisza. Vom Grafen Festetics sagt er, daß dieser kein Recht gehabt habe, den Grafen Viktor Sichy-Ferraris aus dem National-Kasino hinauszuballotiren; überhaupt sei die Luft im adeligen Kasino nicht rein. In Folge dessen richtete Baron Sidor Maitheny als Mitglied des Kasino an zwei andere Kasino-Mitglieder einen Brief mit der Bitte, denselben dem Redakteur Verhovay mitzutheilen. Dieser Brief erklärt den Ver-

trete und erbat sich von dem Großherzog die Gunst der Vorstellung. Die junge Prinzessin Marie von Hessen war ein ungewöhnliches Mädchen, voll Einfachheit, Bescheidenheit und mädchenhaften Zaubers. Gemüthsmaßen als das Aschenbrödel des heftigen Hauses erzogen, hatte sich die Prinzessin eine vortreffliche Bildung angeeignet und unter anscheinender Schüchternheit verbarg sich ein entschlossenes Gemüth und ein reicher Schatz weiblicher Tugenden. Auf den Großfürsten machte sie den lebhaftesten Eindruck, nicht so sehr durch das, was man sehen, als das, was man erwarten konnte: während des ganzen Abends fast unterhielt er sich mit ihr. Nach Frankfurt zurückgekehrt, war der Großfürst schweigsam und ging früh zu Bett. Am anderen Morgen erbat sich Graf Drloff Bestimmungen bezüglich der Weiterreise nach Karlsruhe. „Wir brauchen nicht reiten, mein lieber Graf“, erwiderte der Czarowitz, „meine Wahl ist getroffen.“ „Wie?“ fragte Graf Drloff mit erstauntem Gesicht, „wen haben Ew. kaiserliche Hohet gewählt?“ „Die Prinzessin Marie von Hessen, wenn sie mir die Ehre ihrer Hand zu bewilligen geneigt ist.“ „Aber es ist unmöglich“, erwiderte der Mentor des jungen Prinzen, „bedenken Ew. kaiserliche Hohet doch, daß die Prinzessin nicht „auf der Lüste“ steht, daß ihre Gesundheit nicht fest, daß sie zu jung ist und daß es eine Beleidigung des Großherzogs von Baden wäre, wenn Sie nicht nach Karlsruhe gingen.“ „Wenn ich dazu gezwungen werde“, entgegnete der Großfürst, „werde ich aus Höflichkeit nach Karlsruhe gehen. Aber es ist mein fester Entschluß, das Ergebnis nächtlischen Nachdenkens, die Prinzessin Marie zu heirathen, den Erbsitz eines der erlauchtesten und ältesten Fürstenhäuser, und zwar eines Hauses, das unserem Lande bereits eine Kaiserin gegeben hat.“ Graf Drloff war in Verzweiflung und schrieb sofort an Kaiser Nikolaus. Die Nachricht erregte am kaiserlichen Hofe die lebhafteste Ueberraschung; man kannte die Prinzessin kaum, man wußte von ihr nur, daß sie nach dem Tode ihrer Mutter durch Mlle. Senanclar de Grancy eine sehr sorgfältige Erziehung genossen hatte. Mit allen Mitteln wurde die Verath durch neue Freunde der kaiserlichen Familie, welche mit dem Thronfolger andere Pläne hatten, zu verhindern gesucht. Kaiser Nikolaus liebte jedoch seinen Sohn zärtlich und mit Grund, denn Alexander hatte sich stets gehorsam, anhänglich und voll kindlicher Liebe bewiesen. Und so beschloß der Czar, der Reizung seines Sohnes nicht entgegenzutreten. Er that seinen Willen im Familienrath und zwar in Gegenwart einiger Mitglieder der Hofgesellschaft kund, damit dieselbe über seine Absichten schnell unterrichtet werde. „Die Prinzessin Marie von Hessen“, erklärte der Kaiser, „steht, wie alle deutschen Prinzessinnen, im „Almanach de Gotha“, sie ist lebenswürdig und wird meinen Sohn und uns glücklich machen. Die Kaiserin und ich wünschen, daß Alexander dem Zuge seines Herzens folge.“ Man kann sich vorstellen, welchen Eindruck diese Worte in Petersburg und Darmstadt machten. Von diesem Augenblick an waren die Augen von ganz Europa auf die junge, damals kaum siebzehnjährige Prinzessin gerichtet, der es beschieden sein sollte, einen der mächtigsten Throne der Welt zu besteigen. „Im Jahre 1852“, erzählt Graf Reiset, ist war damals erster Sekretär der französischen Botschaft in Petersburg, hatte ich das Glück, den Czarowitz und seine Gemahlin kennen zu lernen. Die russische Gesellschaft sprach damals in Ausdrücken aufrichtigster Liebe und Bewunderung von dem Paar und seinem Zusammenleben; der Czarowitz insbesondere wurden die ausgezeichnetsten weiblichen Eigenschaften nachgerühmt, wodurch sie Alles in ihren Bann und Zauber zog.“

ich erst walten ließ, nachdem sie zugestanden hatten, daß sie in der Absicht, mich zu ermorden, gekommen seien.

„Am folgenden Tage wußte man in der ganzen Umgegend, daß ich ein Zauberer sei, dem kein Mensch etwas anhaben könne, da ich mich in Feuer hülle. Man wollte mich deshalb nur um so eher aus der Gegend entfernen, und ließ den Vorgang, — natürlich mit Auslassung der Beweggründe, welche die Zeugen meiner feurigen Erscheinung veranlaßt hatten, mir ihren nächtlischen Besuch abzustatten, zu Protokoll aufnehmen und sandte dies wieder an die Behörden.“

„Ich verkaufte inbessen die eroberten Trophäen, Senfen und Aelte, und ließ für das eingenommene Geld den Schaden, den die Eindringlinge an Fenster und Thür angerichtet hatten, repariren. Da ich jedoch nicht sicher war, ob mein Zauber mich öfter gegen Nordveruche der Sibirier schützen werde, bat ich den Generalgouverneur Sinjelnikow, mir zu gestatten, nach Irkutsk überzusiedeln, was auch nachgegeben wurde.“

„Es sind seit jener Zeit gegen acht Jahre vergangen, trotzdem haben mich die Bewohner Golometas noch nicht vergessen, und jedes Unglück, das sie während dieser Zeit betroffen hat, haben sie immer meinen Zaubereien zugeschrieben.“

Seit März d. J. lebt Dr. Lukowski in europäischen Rußland, aber immer noch als Verbannter, dem wohl erst nach Jahren gestattet werden wird, in seine Heimath zurückzukehren.

A. K.

Ueber den Krankheitszustand der Kaiserin von Rußland

gehen dem „Figaro“ unterm 8. d. große Besorgniß erregende Mittheilungen zu, denen wir Folgendes entnehmen. Nachdem einige Tage hindurch eine Besserung konstairt werden konnte, wurde die Kaiserin von einer Pleuritis befallen. Gegenwärtig würde jede Komplikation bedenklich sein, da bei dem letzten Anfälle sich herausstellte, daß nicht bloß der eine, sondern beide Lungenflügel stark angegriffen sind. In dem Zimmer der Monarchin sind zwei Apparate aufgestellt, um die von den Ärzten mit Rücksicht auf die Athmungsbeschwerden der Kranken für nothwendig erachteten größeren Dosen Sauerstoff herbeizuschaffen. Augenblicklich steht noch das Schlimmste zu befürchten; ein unablässiger Husten quälte die Kaiserin seit zwei Tagen. In ihren Briefen, sowie bei den spärlchen Unterhaltungen, welche ihr von den Ärzten gestattet werden, giebt sie nur dem Wunsche Ausdruck, bald nach Rußland zurückkehren zu können. In der Umgebung der Kaiserin hält man es auch für gerathen, diesem Verlangen zu entsprechen, während die Aerzte nicht die Verantwortlichkeit für eine so lange Reise unter so bedenklichen Umständen übernehmen wollen. Der russische Botschafter in Paris, Fürst Drloff, welcher im Auftrage seines Soweräns in Cannes verweilt, um sich bezüglich der Opportunität der Rückreise der Kaiserin zu informieren, ist zu der Ansicht gelangt, die bezügliche Entscheidung, abgesehen von einem formellen Befehle, der wissenschaftlichen Autorität anheimzustellen. Der Herzog von Edinburgh, welcher seine Gemahlin nach Cannes an das Krankenlager ihrer Mutter geleitet, beabsichtigte, sich nach England zurückzugeben, wo seine Anwesenheit durch seine

hovan für einen „charakterlosen Verleumder“. Berhovan legte vorerst, um seine Behauptungen zu beweisen, drei Briefe des Grafen Festetics vor. Die ersten zwei sind wenig gravirend; im dritten, von dem jedoch behauptet wird, daß er gefälscht sei, ermächtigt Graf Paul Festetics den flüchtigen Direktor Vegh zur Verheimlichung des Vermögensstandes des Kreditinstitutes. Auf Festetics Verantwortung weiter trägt er ihm auf, im Geheimen alle ihm gut scheinenden Mittel anzuwenden, unter Anderem Pfandbriefe ohne Bedingung auszugeben. Trotz dieses Beweises hielt Matibenni seine Beleidigung gegen Berhovan aufrecht und Berhovan forderte ihn.

Frankreich.

[In Bezug auf Rußlands Liebeswerben] bemerkt heute die „Liberté“, ein Kompagniegeschäft mit den Moskowitern hiesige, Logik und Klugheit mit Füßen treten, hiesige allen Ueberzeugungen, allen Ueberlieferungen, allen gegebenen Erklärungen ein himmelschreiendes Dementi erteilen, hiesige Verfeindung mit England, das sich zu Deutschland schlagen würde, hiesige endlich Herbeiführung eines unmittelbaren Konflikts mit Deutschland und Oesterreich zugleich. Und zu welchem Zwecke? Doch wohl nur um Elsaß-Lothringen wieder zu gewinnen. Aber für diesen gefährlichen Zweck hilfreiche Hand bieten zu können, ist der Russe am allerwenigsten geeignet und günstig gelegen. „Bleiben wir daher“, schließt die „Liberté“, „ruhig; Rußland mag selber sehen, wie es aus seiner gefährlichen Lage, die es sich selbst heraufbeschworen hat, herauskommt.“ Er läßt sich kaum annehmen, daß Freycinet und Grévy anders über die Liebeswerbungen der Moskowiter denken; dies schließt jedoch nicht aus, daß die Liebeshandlung der Zarensohne, von denen jetzt wieder einer an der Seine sich zu schaffen macht, gleich den Beförderungen der übrigen russischen Gäste mit republikanischer Artigkeit erwidert wird. Der Zar Nikolaus wollte den Kaiser der Franzosen nicht Bruder nennen, die jüngere Nation an der Nema ist zahmer geworden; Alexander II. hatte eine bekante Vorliebe für den Sohn Napoleons III. und wünschte ihm Erfolg; das junge Rußland neuesten Schlags macht der Mme. la République française eifrig die Kur und findet die rothe Jakobinermütze gar nicht mehr so anstößig. Die „République“ schließt ihren Artikel über Rußlands Größenwahn mit der nicht schmeichelhaften Wahrheit: „Man wird stets gezwungen sein, Rußland in Rechnung zu ziehen, aber so lange es nicht aus der krankhaften Phase, in die es sich gestürzt hat, herausgetreten ist, wird es schwach bleiben und in den Geschicken Europas eine geringere Rolle spielen. Wenn das Haus brennt, so kann es zwar sehr originell scheinen, wenn man hinkläuft und und Andern das Haus ansteckt; verständige Menschen dagegen begnügen sich damit, die Feuersbrunst auf ihrem eigenen Grund und Boden zu löschen.“

Spanien.

[Ueber das Vorleben des Hochverräthers Gonzalez Otero] liegt folgende Mittheilung vor: Vor einem Jahre kam ein Bauer aus Galizien nach Madrid, um sich wie so viele seiner Landsleute, welche dort Wasserträger, Seeschwärmer und Kommissionäre sind, sein Brot zu verdienen. Er ließ seine alte, schon lange verwitwete Mutter in Sendin bei Mondonedo zurück und nahm nur seinen vierzehnjährigen Bruder mit sich, den er in die Lehre gab. Zum Debut fand der junge Galizier einen Vetter, welcher Portier in einem Ministerium war und ihm Geld verschaffte, um einen Pastetenbäckerdienst zu errichten. Das Geschäft ging durch einige Wochen bald besser, bald schlechter, dann blieben die Kundschaftern aus und Otero gerieth ins Elend. Um sich zu trösten, frequentirte er Wirthshäuser, wo er mit zwei überberühmtesten Individuen, Antonio Cobos und Antonio Garcia, zusammentraf. Diese brachten ihm die Idee bei, daß es besser sei, statt seinem Leben durch einen Selbstmord auf der Wasserleitung von Toledo ein Ende zu machen, sich durch ein Attentat auf das Leben des Königs von Spanien eine gewisse Celebrität zu erwerben. Es sei dies das Mittel, durch die Garotte auf dem Champ des Barbes zu endigen. Und das ist der Ursprung des Altes verbrecherischer Thorheit, welcher gegenwärtig ganz Madrid in Aufregung versetzt. Als Detail wird noch hinzugefügt, daß der Attentäter, nachdem er sich eine Pistole gekauft hatte, dieselbe zuerst an einem Maulthiere erprobte, dessen Eigenthümer jetzt auf Entschädigung verklagt hat.

Großbritannien und Irland.

London. Die Dinge in dem von den Engländern annektirten Transvaal scheinen sich keineswegs so friedlich gestalten zu wollen, als man in England nach den Siegen Sir Garnet Wolseley's über Cetewayo, Mairofi und Secucumi hoffte. Wenigstens lassen die neuesten Rapnachrichten auf fortbauende tiefe Erregung unter den Boers schließen. Engländerseits wird gegen die Führer der antibritischen Agitation jetzt aber mit größerer Strenge vorgegangen als bisher. Zwei derselben, der Sekretär des Boer-Komitees Bok und der ehemalige Präsident der Republik Transvaal Pretorius sind wegen Hochverraths verhaftet worden. Während Bok gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt wurde, ist Pretorius die Freilassung gegen Kaution verweigert worden. Sir Garnet Wolseley befindet sich bereits auf dem Rückwege nach England, wird aber dort nicht lange auf seinen Lorbeeren ausruhen können, denn er wird, wie es heißt, zum Oberbefehlshaber des indischen Heeres ernannt werden an Stelle des Generals Sir Fred. P. Saines. Der bekante Geschichtschreiber Mr. Froude hat am Dienstag einen Vortrag über Südafrika gehalten, in dem er die englische Annerkennungspolitik unzweideutig verurtheilt, was um so auffälliger ist, als Froude 1875 eine Rundreise durch die südafrikanischen Kolonien gemacht hat, welche, wie es den Anschein hatte, er im Interesse der Regierung unternommen. In seinem Vortrage bemerkte er, England habe soeben 20,000 Menschen in Südafrika getödtet, die ihm nichts zu Leide gethan. Es habe ein Land ebenso groß wie Frankreich annektirt, das den Holländern gehörte. Niemand wisse genau, weshalb dies geschehen. Er glaube, daß man jetzt dauere, überhaupt Annerkennung dort vorgenommen zu haben und man froh wäre, sich ihrer wieder zu entledigen, wenn man es nur könnte, ohne sich lächerlich zu machen. England ernte jetzt nur, was in den 70 Jahren Mißregierung geäet worden. Man habe durch die Annerkennung der Diamantfelder die ganze holländische Bevölkerung, die seit 200 Jahren Südafrika kultivirt habe, in Aufregung versetzt, man habe mit den beiden Freistaaten Dranje

und Transvaal Streit angefangen, die Verträge gebrochen und Treue und Glauben an die englische Verwaltung erschüttert, und dies Alles ohne entsprechenden Nutzen. Jetzt müsse man danach trachten, für alle Kolonien ein einheitliches Regierungssystem herzustellen, um die Mißregierung und Unordnung zu beseitigen. Froude plaidirt damit für die Konföderation aller Kolonien, ein Projekt, das schon der frühere Sekretär für die Kolonien, Carl of Carnarvon, befürwortete, und welches jetzt wieder sehr lebhaft discutirt wird.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 13. Januar. [Abgeordnetenhaus.] Erste Beratung der Gesetzesentwürfe betreffend die Verwaltungsreform steht auf der Tagesordnung. Die Diskussion über die Gesetzesentwürfe, außer desjenigen über die Kreisvertretung der Kreise des Herzogthums Lauenburg wird verbunden. 16 Redner sind gegen, 10 für die Vorlagen eingeschrieben. v. Bennigsen kennt Namens seiner politischen Freunde an, daß die Vorlagen den unfertigen Zuständen in der Verwaltung ein Ende machen wollen, erklärt auch die Bereitwilligkeit seiner Partei, zur Durchführung des Reformwerkes ihre Mitwirkung zu leisten. Redner geht auf die Entwicklung der Verwaltungs-gesetzgebung ein. Bei dem Entwurf, betreffend die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung spricht er sich gegen die Uebergangsschlusbestimmungen aus, wonach das Gesetz mit gewissen speziellen Maßgaben auch für Posen und die neuen und westlichen Provinzen zur Anwendung kommen soll. Redner bemängelt ferner die Vertheilung der Geschäfte zwischen den Regierungskollegien und Oberpräsidien und die Zusammenlegung der hannoverschen Landdrostereien zu Regierungsbezirken und empfiehlt schließlich die Verweisung an eine einundzwanzig-gliedrige Kommission. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 13. Januar, 5 Uhr Abends.

[Abgeordnetenhaus. Schluß.] Abg. v. Rauchhaupt betont die Vorzüge der Entwürfe, ihre Klarheit und systematische Durcharbeitung und kritisiert die bestehende Gesetzgebung, bemängelt namentlich den Dualismus von Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit in den liberalen Verwaltungs-gesetzen. Redner dringt seinerseits auf Vereinfachung des Behörden-Organismus und äußert verschiedene Wünsche bezüglich der Verfassung und des Verfahrens der Verwaltungsgerichte.

Meyer (Arnsvalde) gegen die Vorlagen, unterzieht die Kreisordnung und andere Selbstverwaltungsgesetze einer eingehenden Kritik und führt aus, dieselben hätten nur Verwirrung erzeugt, an der auch die gegenwärtigen Vorlagen nicht viel bessern würden. Er empfiehlt Verweisung an eine achtundzwanzig-gliedrige Kommission.

Liebermann spricht für die Gesetzesentwürfe. v. Heeremann (Hagen) verlangt volle Selbstverwaltung und namentlich unbedingt freie Wahl der Amtsmänner und Bürgermeister, auch für die Katholiken. Die Diskussion wird hierauf auf morgen vertagt.

Newyork, 13. Januar. Beide Kammern des Maine-Staates wählten gestern in einer gemeinsamen Sitzung den Senatspräsidenten Lamson zum Gouverneur; derselbe leistete darauf den Amtseid. Die Republikaner halten sich noch immer von den Verhandlungen der Legislative fern. Nur die Fusionirten nahmen an der Gouverneurswahl Theil. General Chamberlain erklärte, er werde weder Lamson noch einen Anderen, welchen die Legislatur in gegenwärtiger Zusammenfassung wähle, anerkennen; er sei entschlossen, den Oberbefehl über die Milizen nicht niederzulegen, bis ein neuer Gouverneur legal gewählt und bestätigt sei. Die Republikaner beider Kammern der Maine-Legislatur traten gestern Abend im Legislaturgebäude zur Organisation ihrer Partei zusammen, sie waren in einer zur Beschlussfähigkeit hinreichenden Anzahl erschienen. Die Fusionirten, durch das Vorgehen der Republikaner überrascht, erhoben keinen Widerspruch. Die Frage der Gesetzmäßigkeit der Aktion der Republikaner wird heute dem Obergerichtshofe überwiesen. Es heißt, der zum Gouverneur gewählte Senatspräsident Lamson beabsichtige die Milizen anzuweisen, den Anordnungen Chamberlain's nicht zu gehorchen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Das soeben erschienene 4. (Januar-) Heft des vierten Jahrganges der „Deutschen Revue“ über das gesammte nationale Leben der Gegenwart, herausgegeben von Richard Fleischer, Verlag von Otto Janke in Berlin, enthält folgende Artikel: Bismarck und Karl Twesten. Mit Briefen Twesten's. Von Gustav Lipke. — Der Schmidt von Gretna-Green. Von Felix Dahn. — Der getreue Ehart. Novelle von E. Funder. — Vergleichende Betrachtungen über die Kriegführung zu See in älterer, neuerer und neuester Zeit. I. Von einem Marineoffizier. — Erinnerungen aus Konstantinopel. Aus dem Nachlasse des Botschafters Grafen zu Prokech-Dien. — Die Stellung der höheren Gesellschaftsklassen zur sozialen Frage. Von Schulze-Delitzsch. — Die Altersversorgung für unsere Arbeiter. Von Landgraf. — Zukunft und Beurteilung der Neger. Von Nabel. — Das Gesetz und die Propheten bei den alten Ägyptern. Von S. Brugsch-Ben. — Zur Kulturgeschichte in der Runenzeit. Von Franz Reber. — Loge's Metaphysik. Von M. Carriere. — Literarische.

* Zur Reichs-Konkurrenzordnung. Vorträge, gehalten im Berliner Anwaltsverein von G. v. Wilnowski, Justizrath, Berlin, Franz Vahlen (M. 1,20). Dem Verfasser des Kommentars zur Reichs-Konkurrenz-Ordnung wurde Seitens des Berliner Anwaltsvereins die ehrenvolle Aufgabe zu Theil, den Berufsgenossen das ganze Gebiet des neuen Konkursverfahrens in Vorträgen darzustellen. Diese letzteren, von dem Konkursanspruch, der Verurteilung im Konkurs, dem Konkursgericht und der Verwaltung der Masse, Feststellung der Schulden und Vertheilung, Zwangsvergleich und Besonderheiten im Konkurs handelnd, werden als willkommenes Fingerzeige in dem juristischen Berufskreise betrachtet werden können.

Locales und Provinzielles.

Posen, 13. Januar.

r. [Das Archiv der Stadt Posen,] welches höchst werthvolle Urkunden, bis zurück zum 13. Jahrhundert, enthält, ist heute bereits zum Theil aus dem gewölbten Thurmgemach im zweiten Stockwerk des Rathhauses, wo es sich bisher befand, gemäß dem zwischen der Stadtgemeinde Posen und der hiesigen Staatsarchiv-Verwaltung abgeschlossenen Verträge, nach den Räumen im königlichen Regierungsgebäude, in denen sich das Staatsarchiv befindet, translozirt worden. Die Uebergabe der zahlreichen Archivstücke erfolgte im Auftrage des Magistrats durch den Kanzleibirektor Göbbels an den von der Staatsarchiv-Verwaltung damit beauftragten Archiv-Sekretär von Leszycki; durch städtische Unterbeamte wurde alsdann der Transport nach dem Staatsarchiv bewerkstelligt. Nach dem abgeschlossenen Verträge übergibt die Stadtgemeinde Posen ihr Archiv dem Staatsarchiv ad depositum, und zwar mit der Maßgabe, daß dasselbe gesondert für sich verwaltet werde, daß die Stadtgemeinde dasselbe zu jeder Zeit als ihr Eigenthum wieder zurückerhalten könne, und daß eine Benutzung des Archives seitens dritter Personen, sowie Publikationen aus demselben nur mit besonderer Genehmigung seitens des Magistrats gestattet seien. Erst durch diese Ueberweisung des Stadtarchives an das Staatsarchiv wird es möglich werden, die reichen archivalischen Schätze, welche bisher in unserem Stadtarchive zum größten Theil noch ungehoben verborgen lagen, im Interesse der Wissenschaft zu verwerten.

△ [Zur Unterstützung der nothleidenden Oberpfälzer.] In der gestrigen Sitzung des Ausschusses zur Unterstützung der nothleidenden Oberpfälzer wurde der sich nunmehr auf 6300 Mark beziffernde Betrag der Geldsendung des hiesigen Komitees und das Verzeichniß der, namentlich durch Beihilfe der hiesigen Artillerie-Regimenter recht bedeutend gewordenen Zuwendungen an Bekleidungsgegenständen zur Kenntniß gebracht. Es wurde die Abfindung der dritten Rate von 2000 Mark an den Nothstandsausschuß des Frauenvereins in Breslau und des zweiten Transports von Kleidern an den Regierungs-Präsidenten von Quadt in Oppeln beschloffen. Man war einig in der Ueberzeugung, daß die Thätigkeit des Komitees, gegenüber der noch in Wachsen begriffenen Noth, ungeachtet der jetzt im größeren Maßstab verbreiteten Staatshülfe, noch nicht geschlossen werden könne, daß es vielmehr einer erneuten Anregung des Wohlthätigkeitswesens bedürfe. Befremdlich erschien, daß ungeachtet der vielseitigen wohlbegründeten Warnung vor Zersplitterung dennoch von einzelnen Seiten, namentlich einigen hiesigen Zeitungen, die gesammelten Beträge nicht der hiesigen Komitee-Kasse zugeführt, sondern direkt in einzelne nothleidende Kreise dirigirt und dadurch Ungleichheiten im Vertheilungswerke gefördert werden, wie sie bereits durch sehr grelle Beispiele illustirt sind.

— Kirchenpolitisches. Gegen den Geistlichen Valentin Smigiel-ski, geboren am 26. Januar 1849 zu Dolsig, Kreis Schrimm, ist die gerichtliche Haft wegen unbefugter Vornahme geistlicher Amtshandlungen beschloffen worden. Derselbe wird flehentlich vom Amtsgericht Schildberg verfolgt.

— Personal-Chronik. Der König hat dem 1. Seminarlehrer zu Paradies, Anton Rißzewski, zu seinem 50-jährigen Dienstjubiläum den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit der Zahl 50 zu verleihen geruht. Bei der königl. Provinzial-Steuer-Direktion zu Posen ist der Ober-Steuer-Inspektor, Steuerrath Lange in Lissa unter Verleihung des königl. Kronen-Ordens 3. Klasse, pensionirt worden. Bei der königl. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn sind veretzt: die Stations-Assistenten: Siegmund von Bronke nach Reize, Puß von Obergnitz nach Bronke; Bodenmeister Kobschütz von Argenau nach Posen. Pensionirt: Stations-Vorsteher Büttner in Czempin.

r. Der Violin-Virtuose Biernacki, welcher dem hiesigen Publikum noch von früheren Jahren her bekannt ist, und mehrere Jahre lang in Stockholm gelebt hat, verläßt nach einer uns von dort zugegangenen Mittheilung diese Stadt und wird in nächster Zeit in Posen einige Konzerte geben. Einer schwedischen Zeitung entnehmen wir, daß in dem Abschieds-Konzerte, welches vor einigen Tagen der Virtuose in großer Saale der Akademie der Wissenschaft gab, die Leistungen desselben die lebhafteste Anerkennung der zahlreichen Zuhörer fanden.

r. Für das städtische Schulwesen wurden in dem Magistrats-Entwurf für die Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde Posen pro 1880/81 beansprucht 319,770 M. gegen 301,430 M. pro 1879/80, d. h. also 18,340 M. mehr. Diese Mehrausgaben werden vornehmlich dadurch begründet, daß die Gehaltskala für die Volksschullehrer aufgebessert, ferner die Anzahl der Volksschullehrer vermehrt werden sollen; auch soll ein besonderer Turnetat aufgestellt werden. Was die Gehaltskala betrifft, so stiegen bisher die Gehälter der Volksschullehrer nach derselben von je 5 zu 5 Jahren, und zwar in der Weise, daß das Maximalgehalt mit 30 Jahren erreicht wurde. Nach dem Magistrats-entwurf sollen nun für das Dienstalter von 5 bis 17 Jahren die Gehaltsstufen schon von je 3 zu 3 Jahren steigen; es würde dies zur Folge haben, daß das Maximalgehalt schon mit 27 Jahren erreicht würde. Was die Vermehrung der Anzahl der Volksschullehrer betrifft, so soll dieselbe vornehmlich bei der 4. Stadtschule (St. Martin- und Töpferstraße) erfolgen, wo zwei neue Klassen eingerichtet und zwei neue Lehrer kreirt werden sollen. Der besondere Turnetat soll in der Weise aufgestellt werden, daß die Remunerationen für Ertheilung des Turnunterrichts, welche bisher in den Etats der einzelnen Schulen ange-setzt wurden, nunmehr in einem besonderen Etat, und zwar in Gesamthöhe von 3800 M. zusammengefaßt werden; auch kommt in diesem Etat eine bestimmte Summe als Miete für die neue Turnhalle in Anrechnung, so daß der Turnetat nach dem Entwurfe einen Zuschuß von 5900 M. aus der Kämmereikasse erfordern wird. Der Turnunterricht soll künftig dadurch, daß er unter Leitung eines Ober-Turnlehrers ertheilt wird, in sämtlichen städtischen Lehranstalten einen einheitlichen Charakter gewinnen. — Zu bemerken ist übrigens noch, daß nach dem Entwurfe in den Etats für die städtischen Schulen als zweite Rate 15,000 M. behufs Ansammlung eines Fonds zum Bau eines neuen Schulhauses für die Bürgerschule, und als letzte Rate für die Turnhalle 20,000 M. ausgesetzt sind.

r. Der katholische Religionsunterricht in den Volksschulen. Der bekante Erlass der königl. Regierung zu Arnsberg, betr. die Mitwirkung der katholischen Geistlichen bei Ertheilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen, sowie die von den königl. Kreis-Schulinspektoren in Reg.-Bezirk Münster an die katholischen Geistlichen in gleichem Sinne gerichteten Schreiben veranlassen den ultramontanen „Kurier Posen“ zur Erörterung der Frage, aus welchem Grunde in den Provinzen Posen, Schlesien und Westpreußen von ähnlichen Erlassen, durch welche den katholischen Geistlichen die in der Fallschen Aera entsogene Mitwirkung beim Religionsunterricht in den Volksschulen wieder zurückgegeben werde, noch keine Rede sei. Ganz besonders

Rechenchaftsbericht

des Kommissariats der allgemeinen Landesstiftung „National-Dank“ zur Unterstützung hilfsbedürftiger Krieger von 1813/15 des Land- und Stadtkreises Posen pro 1879.

An freiwilligen Gaben sind uns zugegangen:

1. Von Offizieren der Garnison Posen	104 M.
2. Vom Offizierkorps des 1. Bataillons 18. Landwehr-Regiments (statutenmäßig)	174 „
3. Von Civilbeamten und Geistlichen	133 „
4. Von Bürgern der Stadt Posen	344 „
Gesamt-Einnahme	755,00 M.

Dazu treten:

5. Der ult. Dezember 1878 verbliebene Bestand	363,38 „
6. Die Zinsen der Stiftungs-Kapitalien mit	129,00 „
7. Anteil an der Prinz von Preußen Dienstjubiläumstiftung	10,00 „
Gesamt-Einnahme	1257,38 M.

Hieraus sind folgende Ausgaben bestritten worden:

1. Fortlaufende Unterstützungen an 1 Veteranen	9,00 M.
2. Außerordentliche Unterstützungen:	
a) am 22. März an 25 Wittwen	250,00 „
b) am Weihnachtsfeste an 24 Wittwen	480,00 „
c) bei besonderen Veranlassungen	155,00 „
3. Verwaltungskosten (Botenlohn und Porto)	51,91 „
Gesamt-Ausgabe	945,91 M.

Wir können uns bei Veröffentlichung dieses Berichts der freudigen Thatsache nicht verschließen, daß die geehrten Gönner der hier von uns vertretenen Stiftung wie in Vorjahren, so auch im verfloßenen Jahre mit großer Opferfreudigkeit so reichliche Mittel gespendet haben, daß es uns ermöglicht gewesen, unseren Pflegebefohlenen nach Möglichkeit Hilfe zu gewähren. Wir sprechen demnach hierfür unseren ergebensten Dank aus und bitten gleichzeitig, uns ferneren günstigen Beistand nicht versagen zu wollen.

Posen, im Januar 1880.
Der Kreis-Kommissarius **Willenbücher**,
Präsident und königlicher General-Landschafts-Direktor.
Der Schatzmeister **Glitsch**,
Landschafts-Sekretär.

National-Hypotheken-Credit-Gesellschaft

gewährt Darlehne auf städtischen und ländlichen Grundbesitz unter sehr günstigen Bedingungen.
Anträge nimmt entgegen
Die General-Agentur.
W. H. Ortmann,
Posen, Berlinerstraße 10.

Contobücher

aus der Geschäftsbücherfabrik von J. C. König u. Ebhardt in Hannover.
Alleinige Niederlage und Agentur für Posen bei
Albin Berger,
St. Martin Nr. 13.

W. Angele,

Civil-Ingenieur und Maschinen-Fabrikant,
Technisches Bureau.
Berlin W., Bülowstrasse 30.
Seit 19 Jahren ist meine Hauptspezialität:
Einrichtung von Kartoffelstärke-, Mehl-, Syrup- und Traubenzucker-Fabriken.
Ueber 80 Anlagen in den verschiedensten Größen sind von mir ausgeführt. Sämmtliche Spezialmaschinen sind neu konstruirt. **Ganz neu:** Mobile Stärke-Fabriken (geringste Anlagenkosten, keine Montage, wenig Raum) bis zu einer Leistung von 300 Ctr. Kartoffeln täglich; Auswaschapparat, Kippstuhl, kontinuierliche Wälzpresse, Fruchtwaassertrieb und Schlammerei, sowie mechanische Trockner.
Garantie für große Leistung, hohe Ausbeute und Prima-Waare.
Prospecte, Atteste sowie Prima-Referenzen auf Wunsch gratis.

Wegen Geschäfts-Aufgabe gänzlicher Ausverkauf

meiner Bestände an feinen Bremer und Hamburger Cigarren und Cigaretten zu sehr billigen Preisen.
E. Heymann,
Wilhelmsstraße 5, neben der Post.

Dr. Kles' Diätetische Heilanstalt.

Dresden-Antonstadt, Bachstraße 8.
Aufnahme jederzeit. Zuverlässige Heilung aller Krankheiten der Verdauung, des Nervensystems, der Säftemischung, der Respirations- und Unterleibsorgane etc. — Mäßige Preise. — Prospective gratis. — Näheres in Dr. Kles' Schriften.

An die Interessenten der Sekundär-Bahn Bentzen-Wronke-Czarnikau-Schneidemühl!

Alle Diejenigen, welche sich für das Zustandekommen der oben bezeichneten Bahnlinie interessieren, werden von Gleichgesinnten hierdurch ergebenst eingeladen, sich **am nächsten Sonntag, den 18. Januar, Vormittags präzis 11 Uhr, im Salon des Wylus'schen Hotels zu Posen**

zu einer Besprechung einzufinden zu wollen.
Zugleich ergeht auch an die betr. Herren **Landräthe, Bürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher** die ergebene Bitte, den hier eingeschlagenen Weg der Einladung mit der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit entschuldigen und gleichfalls in der Versammlung recht zahlreich erscheinen zu wollen.
Nach der Besprechung ist ein gemeinsames Diner in Aussicht genommen; Anmeldungen hierzu nimmt Herr Wylus entgegen.
Die Besizer des Kreises Czarnikau.

Pr. Lotterie.

Hauptziehung 16. bis 31. Januar, täglich 2000 Gewinne. Hierzu Antheilloose 4 68 M., 4 34 M., 4 17 M., 4 8 1/2 M. vers. H. Goldberg, Lotterie-Comtoir, Neue Friedrichstraße 71, Berlin.

Preuß. Lott.-Loose IV. Cl.

Orig. 1. 1/2, 1/4, 1/8, 1/16, 1/32 M. Anth. 1/2 30, 1/4 15, 1/8 7,50, 1/16 4 M. Köln. Dombau-Loose N. 3,50 empf. das alt. Lott.-Compt. von Schereff, Berlin, Friedrichstr. 59.

Zur gest. Beachtung.

Um alle unwahren Äußerungen zu widerlegen, zeige erg. an, daß sich mein Cigarrengeschäft nach wie vor **nur Friedrichstr. 3** befindet.
August Haacke.
NB. Savanna-Ausfluß, gut gelagert, 100 St. 6 M.

Der kändliche Wirthschafts-Verein,

eingetragene Genossenschaft zu Insterburg, beabsichtigt größere Posten beste feidefreie Nothflurpflanz letzter Ernte direkt von den Produzenten zu kaufen und erbittet Offerten u. Muster. Der Vorstand.

Das Fürstliche Wirthschafts-Amt Grabowka, Kreis Ratibor, kauft gute Brennerei-Kartoffeln

zur baldigen Lieferung von wöchentlich 400 Ctr. ab der nächsten Bahnstation der Herren Verkäufer und bittet um bemusterte Offerten.

Erlenes Material

in reiner Waare wird in 1/2, 2, 2 1/2 u. 3" gesucht. Offerten erbittet
David Kanter,
Breslau.

40,000 Mark

sind sofort auf sichere Hypotheken, in Beträgen von nicht unter 6000 Mark, anzuleihen. Meldungen unter genauer Angabe der zu beleihenden Hypothek sind unter Chiffre R.R. an die Expedition dieser Zeitung einzureichen.

Syphilis.

Geschlechts-, Haut-, Frauenleiden, Pollut. u. Impotenz heilt briefl. ohne Berufsstörung gründl. u. schnell
Dr. med. Zitz, Berlin, Prinzenstr. 34.

Milchgeschäft.

St. Martin 13 ein Keller und Wohnung, worin 6 Jahre ein Milchgeschäft betrieben, vom 1. April zu vermieten.

Geschäftslokal

nebst Wohnung ist Schloßstr. 5 per 1. Juli d. J. zu vermieten. Schaufenster und Eingangstür wird neu angebracht. Näheres bei **Moris Chaschel,** Berlinerstr. 10.
Ein fein möblirtes Zimmer ist Bismarckstr. 8, Parterre, zu verm. Ein möbl. Zimmer fogl. zu verm. Halldorffstr. 18a, parterre, rechts.

Bäckerstr. Nr. 18 im 1. Stock sind zwei g. möblirte Zimmer n. Bett mit Bedienung an einen einzelnen Herrn sofort zu vermieten. Näheres unten im Laden.
Zweizehnstr. Frontzimmer, hochpart., m. oder ohne Nebengelaß, eleg. möbl. oder ohne Möbel, sofort oder 1. f. M. billig zu vermieten Wienerstraße 5 links.

Comtoirwohnung,

welche im mittleren oder oberen Stadttheile gelegen sein muß, parterre oder 1ster Stock, bestehend aus 3 Zimmern, suchen wir per 1. April cr. zu mieten.

Posener Credit-Verein,

eingetragene Genossenschaft, Theaterstr. Nr. 5.
Ein junger Mann sucht sofort ein möblirtes Zimmer, wenn mögl. mit Kost. Offerten sub O. O. in der Exped. d. Ztg.

Zwei Wohnungen von 4 und 2 Zimmern, mit allem Zubehör, Sandstraße 8, erstere per April u. letztere per sofort zu vermieten.

Ein Laden

mit angrenzendem Zimmer ist Friedrichstraße 28 sofort oder zum 1. April zu vermieten.

Wartstraße 18

ist verletzungs- halber die halbe 1. Etage — 6 Stuben nebst einge. Badestube und sonstigem Zubehör — zum 1. April cr. zu vermieten.

Gesucht unmöblirte Wohnung,

3 Zimmer, Nebengelaß, Pferdefall. Adressen abzugeben unter W. W. Posener Zeitung.

Einen fachkundigen, tüchtigen Conditorgehilfen und 2 Lehrlinge

sucht vom 1. Februar d. J. an die Conditorei
Z. Ueberle
in Ostrowo.

Koch u. Gärtner, unverb., können sich melden bei **E. Reizno,** Gr. Gerberstr. 8/9.

Sofort sucht ein junger Mann Stellung als Hofbeamter oder Inspektor unter Leitung des Principals. Anfragen an die Expedition dieses Blattes.

Ein unv. erster Inspektor, 29 Jahre alt, evangel., 13 Jahre b. F., in Brennereiwirtschaften bew., der poln. Spr. m., noch in Stellung, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, s. 1. April Stellung. Gef. Off. unter Nr. 55 bef. d. Exp. d. Ztg.

Für mein Seidenband- und Weißwaaren-Geschäft suche zum baldigen Antritt einen Lehrling.
Jacob Wisch.

Als geübte Schneiderin empfiehlt sich in und außer dem Hause
Lina Markus, Dominikanerstraße.

Wirthschafterin.

Eine gebildete, in allen Zweigen der Landwirthschaft erfahrene Frau oder Fräulein, die den selbstständigen Haushalt zu führen im Stande ist, und ohne Anhang, kann sofort Unterkommen finden. Hauptfache ehrlich. Auch ist persönliche Vorstellung Bedingung.
Mittergut Marianoowo b. Zirke.
Fr. Zobel.

Ein praktischer Gärtner mit guten Zeugnissen, militärfrei, unverheiratet, sucht Stellung sofort oder vom 1. April. Offerten an **Gogowski,** Duznik bei Bntbin.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluß ist am Freitag den 9. d. Mts.
der Superintendent u. Oberpfarrer hierselbst Herr Eduard Vater
am Gehirnslage selig entschlafen und heute auf unserem Friedhofe beigesetzt worden.
Wir betrauern in dem Heimgegangenen den Prediger und Seelsorger, der 53 Jahre hindurch bis an sein Ende an unserer Gemeinde mit großer Treue und Liebe gearbeitet und auch in schweren, bedrängten Zeiten sich als thatkräftiger und hingebender Hirte unserer Gemeinde bewährt hat.
Mit der tiefen Trauer um seinen unerwarteten Heimgang verbinden wir den Dank gegen Gott, der ihn uns zum Segen gesendet und so lange zum Segen gelassen. Sein Andenken wird bei uns und in unserer Gemeinde stets im Segen bleiben.
Meseritz, den 12. Januar 1880.
Der evangelische Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung.

Eine erfahrene tüchtige Wirthin und ein gebild. Wirthschafts-Fräulein mit guten Empfehlungen zu haben durch **E. Anders,** Gr. Ritterstr. Nr. 7, 1. Treppe.
Vertreter-Gesuch.
Für meine **neuen,** sehr leicht verkäufl. höchst praet. pat. Ventilations-Glas-Jalousieen suche ich unter sehr günst. Cond. tücht. Vertreter. Pra. Referenzen erforderlich.
Otto Wolf, Techn. Gesch. u. Patentb., Dresden.

Einen tüchtigen Voigt,

verheirathet oder nicht, sucht zum 1. April Dom. Marcelino bei Posen.

Ein Oberkellner, oder eine geeignete Person, welche vom 1. Febr. d. J. ab auf 2 Monate den Besitzer eines ersten Hotels vertreten kann, wird gesucht. Stellung angenehm. Bildung nöthig. Kautions erwünscht. Off. erb. N. N. 60 postl. Gnesen.

Ein verh. ev. Oberbrenner, der längere Jahre in letzter Stellung mit Erfolg thätig war, erbält dauerndes Unterkommen. Nur persönliche Vorstellung wird berücksichtigt. Wo? sagt die Exped. dieser Zeitung.

Ein tüchtiger Käsegehilfe oder Gehilfin kann sich zum sofortigen Antritt melden beim Käsefabrikanten **Stahr** in Gr. Münche b. Rähme.

Ein tüchtiger, nüchternen **Bieglers** findet sofort Stellung. Persönliche Vorstellung erwünscht.
Wendler, Zimmermeister, Birnbaum.

Ein Wirthschafts-Inspektor, alt, verh., kath., 36 Jahre alt, der poln. Sprache mächtig, sucht unter bescheidenen Ansprüchen Stellung. Off. bitte unter **S. S. 101** postl. Rawitsch einzusenden.

Familien-Nachrichten.

Meine Verlobung mit Fräulein **Constanze Matthesius,** Tochter des Apothekenbesizers Hrn. Theodor Matthesius in Weiden, zeige ich Bekannten hiermit ganz ergebenst an.
Hugo Dietrich, Postfretär u. Lieutenant der Reserve. Weiden, im Januar 1880.

Gestern wurde uns unser innigst geliebter Sohn **Leo** im noch nicht vollendeten 10. Lebensjahre plötzlich durch den Tod entzissen, welches tiefbetrübt anzeigen
Adolph Zielinsky u. Frau.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 14., Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Wasserstr. 13, statt.

Kaufmännischer Verein.

Die geehrten Mitglieder werden höflichst und dringend ersucht, sich zu einer Vorversammlung für die am 16. Januar cr. anberaumte außerordentliche Generalversammlung **am Mittwoch, den 14. Januar 1880, Abends 8 1/2 Uhr,** bei **A. Voelcker,** Friedrichstraße 26, parterre, recht zahlreich einzufinden zu wollen.
Mehrere Mitglieder.

Freunde der Wissenschaft und Geselligkeit.

Sonnabend, den 17. Januar, präzis 8 Uhr:
Musikalische Vorträge und **Kränzchen.**
Die General-Probe findet am **Donnerstag, d. 15., Abends 8 Uhr, statt.** Billets hierzu sind in der Schleifinger'schen Buch- u. Musikhandlung zu haben.
Das Comité.

Mittwoch, den 14. d., **Eisbeine** bei **M. Smazok,** St. Adalbert 1.
Heute **Kesseltwurst mit Sauerkohl** bei **Pohl,** Wronker-Platz 3.

Ein junger Mann, ev., im Alter von 25 Jahren, Conditor u. Bäcker, Sohn achtbarer Eltern, im Vermögen von 3000 Mark behufs weiterer Gründung eines gangbaren Geschäfts, wünscht Bekanntschaft mit einer Dame von 18—25 Jahren, im Vermögen von 4—5000 Mark, zu machen.
Darauf Reflektirende wollen ihre Briefe unter der Chiffre **K. W.** postlagernd Storchnest einsenden. — Discretion Ehrensache.

Der Bäckergehülfe **Jeske** wird gebeten sich bei Herrn **Pitt** in **Schwerzenz** zu melden.

Stadttheater.

Mittwoch, den 14. Januar 1880
9. Vorstellung im 4. Abonnement.
Fidelio.
Große Oper in 2 Akten von **L. v. Beethoven.**

Donnerstag, den 15. Januar 1880.
Sappho.
Trauerspiel in 5 Akten von F. Grillparzer.

B. Heilbronn's Volksgarten-Theater.
Mittwoch, den 14. Januar cr.:
Hans Jürg.
Drama mit Gesang in 3 Abtheil.

Donnerstag, den 15. Januar cr.:
Zum Benefiz für den Ober-Registrator **Hrn. A. Rosen:**
Mozart's Leben und Ende.
Die Direction. **B. Heilbronn.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frä. Elisabeth Nischer in Berlin mit Hrn. Oskar Boer in Sondershausen. Frä. Clara Bernstein mit Kaufmann Jidor Dann.

Berechlicht: Hr. Otto Delles mit Frä. Lina Wittenzwey. Hr. Bernhard Strauß mit Frä. Bertha Strauß.
Geboren: Ein Sohn: Hrn. Richard Priemer in Berlin. Hrn. Carl Krull in Greifswald. Landrath Freiherr von Lynder in Löben. Major v. Normann in Greifenberg i. Pomm. Oberförster von Wedelsädt in Löbe. — Eine Tochter: Hrn. W. von Hildebrandt in Cobenhain. Militär-Intendantur-Assessor Scheer in Erfurt.